

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Vormittags** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 228.

Sonntag, den 29. September 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu zwei Beilagen und „Die Neue Welt“.

## Sozialdemokratischer Parteitag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Lübeck, den 28. Septbr. 1901.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Schwarz eröffnet die Sitzung.

Bebel hält das Referat über den Punkt: **Zolltarif und Handelsverträge.**

Bebel: Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit will ich mich kurz fassen. Die Regierung hat uns ja, wie bekannt, einen neuen Zolltarif vorgelegt. Man hat sich nicht damit begnügt, den alten Generaltarif zur Grundlage des Abschlusses neuer Handelsverträge — die alten laufen im Jahre 1903 ab — zu benutzen, sondern durch die intensive Agitation des Bundes der Landwirthe seit 1894 schloß sich die Regierung gezwungen, einen neuen Zolltarif im Sinne dieser Interessenten auszuarbeiten. Früher erklärte Bismarck noch, Agrarier, die einen Getreidezoll von 3 Mk. forderten, wären verrückt. Seitdem aber ist dieser Zoll zunächst im Jahre 1885 trotzdem auf 3 Mk., im Jahre 1887 sogar auf 5 Mk. gestiegen. Erst durch die Handelsvertragspolitik 1892 gelang es, den Getreidezoll wieder auf 3,50 Mk. zu ermäßigen. Heute aber erklärt selbst der Zentrumsabgeordnete Peter Reichensperger, eigentlich gar kein Freund einer Schutzollpolitik, ein Getreidezoll von 6 Mk. würde keinen erheblichen Widerstand im Reichstage finden. Das Zentrum wird eben durch die Massen des Bauernthums, so weit es noch selbstständig ist, zu einer gewissen Rücksichtnahme gezwungen. Und andererseits erklären sich auch die Großindustriellen heute für erhöhte Schutzölle, obgleich man eigentlich annehmen müßte, daß die große Ausdehnung unseres Handels gerade eine Ermäßigung der Zölle bedingte. Aber unsere Großindustriellen wollen erhöhte Zölle, um den deutschen Markt möglichst gegen konkurrierende Industrieprodukte abzuschließen, und dann mit Hilfe ihrer Syndikate und Trusts eine Preisbildung auf dem deutschen Markte zu erzeugen, die ihnen riesige Profite abwirft und um dann andererseits durch Unterbietung der Weltmarktkonkurrenz die deutschen Produkte zu Schleuderpreisen in das Ausland werfen zu können. — Weiter haben es die Agrarier, die sich nicht wieder wie 1892 von den Großindustriellen übers Ohr hauen lassen wollen, durchgesetzt, daß das Reichsamt des Innern für die Getreidezölle einen Minimal- und Maximaltarif vorgelegt hat. Der Maximalzoll für Weizen und Roggen soll danach 6 Mk. und 6,50 Mk., der Minimaltarif 5 Mk. und 5,50 Mk. betragen. Auch bei Handelsverträgen darf die Regierung nicht unter den Minimaltarif gehen. Unter solchen Umständen liegt die Gefahr nahe, daß Rußland überhaupt keinen Handelsvertrag abschließt. Aber selbst beim Zustandekommen würde neben der Erhöhung der Preise der Brotschicht eine Erhöhung der Einfuhrzölle nach Rußland für Industrieprodukte erfolgen. Also eine doppelte Schädigung. Ganz ähnlich wie mit Rußland liegen die Verhältnisse mit andern Staaten, wie Oesterreich, Italien u. c. Nicht bloß die Getreidezölle sind so exorbitant erhöht, auch die Zölle auf andere Lebensmittel. Ich denke da z. B. an den Gänsezoll, der den jetzt großen Gänsefleischkonsum erheblich beeinträchtigen wird. Der Zoll von 70 Pf. pro Gans bedeutet für das Pfund einer Mittelgans 10 bis 12 Pf. Erhöhung. Auf der einen Seite erhebliche Vertheuerung der Lebensmittel, auf der andern Seite eine erhebliche Schädigung der Arbeiterklasse, infolge der zukünftig geringen Ausfuhr, schließlich eine Verschlechterung der politischen Verhältnisse zwischen Deutschland und den übrigen Mächten und eine Isolierung Deutschlands, das sind die Folgen der neuen Zollpolitik. Der Dreibund ist damit in Frage gestellt. Die Agrarier sagen dabei, der vorgelegte Tarif genüge ihnen noch nicht. Sie stellen geradezu schamlose Forderungen auf, um sich abhandeln zu lassen. Die Lage der Landwirtschaft soll sich seit Abschluß der letzten Handelsverträge verschlechtert haben. Ein Beweis dafür liegt nicht vor. Im Gegentheil, es ist eine Verbesserung erfolgt. Die Zahl der Substantationen ist zurückgegangen, die Bodenpreise sind gestiegen. Sind doch der Landwirtschaft in den letzten Jahren eine große Reihe von materiellen Vorteilen gewährt worden. Ich erinnere an die Ermäßigung der Frachttarife für die landwirtschaftliche Produkte insbesondere für Dünger, an die Zulagen für Schulneubauten auf dem Lande, Pensionszuschüssen für ländliche Lehrer, an die Gründung der Centralgenossenschaftskasse mit einem Staatskredit von 50 Mill. Mk. In Sachsen, wo man den Arbeiterkonsumvereinen mit Umfassen auf den Leib rückt, bekommen die landwirtschaftlichen Genossenschaften einen Kredit von 5 Millionen Mark durch die Regierung. Das sind alles Maßnahmen der einschneidendsten Art zu Gunsten der Landwirtschaft. Wir sollen immer die Lage der Arbeiter zu schwarz malen. Ich behaupte demgegenüber, daß es keine demagogischere Agitation giebt, als die Klagen der Agrarier über die schlechte Lage der Landwirtschaft. — Wohin die Agitation der

Agrarier führt, sehen Sie an dem Milchring. Ich habe nichts gegen die Genossenschaftsbildung, aber die kleinen Vorteile die durch die Konsumvereine für gewisse Schichten der Arbeiter erreicht werden können, werden vollkommen zu nichte gemacht, durch die Lasten, welche die Ringbildung der Agrarier den Arbeitern aufhalsen wird. Wenn die Agrarier mit ihren materiellen Mitteln und mit Unterstützung der Regierung sich wie bisher weiter auf dies Gebiet des Genossenschaftswesens legen, wenn wir etwas erleben, das uns die Augen übergehen macht. Ich behaupte, daß die Lebensmittel, soweit sie landwirtschaftliche Produkte sind, durch die Ringbildung noch künstlich bis über die Zölle hinaus vertheuert werden. (Hört! hört!) Und dabei hat der Milchring die Unverschämtheit gehabt, einen jener Ausrufe zu schließen mit den Worten: Gott wird uns weiter helfen! (Hört! hört!) Das ist eine Blasphemie, wie ich sie mir nicht schlimmer denken kann. (Sehr richtig!) Wenn jene Leute, deren Lebenshaltung weit über der der Arbeiter steht, sich zur Vertheuerung der Lebenshaltung der Allerärmsten auf die Hilfe Gottes berufen, so ist eine größere Niederträchtigkeit und Schamlosigkeit gar nicht denkbar. (Sehr richtig!) Es beweist uns dies auf das deutlichste, wozu jenen Leuten die Religion eigentlich dient. (Sehr richtig!) Auch der Mittelstand wird die agrarische Agitation zu kosten bekommen. Hat der Löwe erst Blut geleckt, so geht der Blutdurst weiter. Die Agrarier werden den Milchhandel selbst in die Hand zu bekommen versuchen. Es bilden sich heute schon Genossenschaftsmüllereien u. c. Schon der äußere Habitus der Agrarier verrät die Wohlhabenheit. Vergleichen Sie die Leute in den Arbeiterversammlungen mit den Leuten im Zirkus Busch. Hier dürstige schwächliche Gestalten, dort gesunde kräftige Leute, von denen keiner unter zweihundert Pfund wiegt. (Weiterkeit.) Die Schutzollpolitik in der reinsten Form haben wir in Nordamerika. Es ist aber bezeichnend, daß Mac Kinley ein paar Stunden vor seinem Tode eine Rede gehalten hat, in der er sagte, Amerika brauche den Schutzoll nicht mehr. Dieser Ausspruch war sein Testament. Es ist auch richtig, auch der Schutzöllnerische Staat kann sich auf die Dauer bei diesem System nicht halten. Deutschland ist vorwiegend Industriestaat. Der Zolltarif ist deshalb unbegreiflich. Der Ausspruch: „Die Zukunft Deutschlands liegt auf dem Wasser“ stammt nicht von einem Sozialdemokraten. Wenn ich der Mann wäre, der diese Ansicht hätte und ich besäße auch die Macht: ich würde den Verfasser dieses Tarifentwurfs mit einem Fußtritt zur Thür hinauswerfen. Keine gesetzgeberische Vorlage hat die verschiedenen Klassen der Bevölkerung so gegen einander aufgeregt wie dieser Zolltarif. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands müssen sich verschlechtern. Ueber den Entwurf empfindet nur das offizielle Frankreich Jubel. Die Franzosen hoffen nun, Oberwasser zu bekommen, namentlich in der Schweiz und Italien. Zu unserer ganzen Flotten- und Kolonialpolitik steht die neu inaugurierte Zollpolitik im schneidendsten Gegensatz. Während wir einen Krieg führen, um uns China zu erschließen, werden wir selbst zu Chinesen (Sehr gut!), umgeben uns ringsum mit einer chinesischen Mauer. Feste Handelspolitik muß auf dem do ut des, ich gebe, damit Du gibst, beruhen, auf eine einseitige Politik, wie man sie jetzt bei uns einführen will, wird sich wohl schwerlich ein auswärtiger Staat einlassen. Wir sehen ja auch schon, daß große Schichten der Unternehmer des Mittelstandes, sich gegen die Zollpolitik erklären. Das wird das Zentrum schon zu fühlen bekommen, das Wort Bachems, der neue Zolltarif kann zum Sprengpulver werden, könnte leicht zur Wahrheit werden. Ich resumiere mich dahin: Den schwersten Nachtheil werden die Arbeiter, die noch dazu besonders unter der Krise zu leiden haben, von dem Zolltarif erfahren. Unter dem Eindruck der Krise werden die Löhne immer mehr herabgehen, besonders nachdem der Eisenbahnminister den Herren Unternehmern in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangegangen ist. Wir haben daher alle Kräfte einzusetzen, um Aufregung und Aufhebung in die Masse der Arbeiter zu tragen. Die letzte Arbeiterfamilie muß aufgeklärt werden über die Gefahren, die ihr durch die Zollpolitik bevorstehen. Wenn wir alle unsere Schuldbigkeit thun, hoffe ich, daß es uns gelingt, dieses schamlose Urtentat auf den Volkswohlstand bei Seite zu werfen! (Minutenlanger stürmischer Beifall.)

Eine Diskussion findet nicht statt, um den Eindruck des Referats nicht abzuschwächen. Die sich scharf gegen die Erhöhung der Zölle richtende Resolution Bebel, die wir schon gegeben haben, wird einstimmig angenommen.

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung: **Mai-feier.**

Rehner-Berlin empfiehlt die Annahme der vorjährigen Resolution, die als die würdigste Form der Mai-feier die Durchführung der Arbeitsruhe, wo dieselbe möglich ist, verlangt. Was den vorliegenden Antrag aus Berlin anlangt, der eine Entscheidung des Parteitags darüber herbeiführen will, wie weit die gewerkschaftlichen Centralverbände sich einem solchen Beschluß des Parteitags entziehen dürfen, wie dies im vorigen Jahre der Metallarbeiterverband, in diesem Jahre der Buchdruckerverband gethan

hat, so will ich dazu nur bemerken, daß wir hier nur eine moralische Direktive geben, den Gewerkschaften aber keine Vorschriften machen können.

Hoffmann-Berlin: Der Antrag ist im 4. Wahlkreise von Berlin gestellt worden, aber wohl nur angenommen worden, weil in Folge des Schlußes der Debatte Niemand dagegen gesprochen hat. Wir Berliner Delegirten kommen nun in die angenehme Lage, diesen Antrag vertreten zu können. (Weiterkeit.) Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt Rehners. Wenn wir die Gewerkschaften zwingen wollen, müssen wir auch die Kosten für die entstehenden Folgen tragen. Es wird Ihnen also, wohl nichts anderes übrig bleiben, obwohl ich Sie um die Annahme bitte, den Antrag abzulehnen. (Große Weiterkeit.) Uns wird nichts übrig bleiben, als die Begräbniskosten auch auf uns zu nehmen. (Erneute Weiterkeit.)

Nach kurzer Debatte über den Antrag, an der sich Köhler-Hamburg, Gerlich-Berlin und Raith-München betheiligten, wird der Antrag Berlin abgelehnt und die Resolution einstimmig angenommen.

Es folgt der Punkt „Wohnungsfrage“.

Das Referat hat

Dr. Südekum-Dresden: Es ist nicht meine Schuld, daß ich in so später Stunde noch Ihre Aufmerksamkeit für einen so wichtigen Gegenstand erbitten muß. Die Wohnungsfrage hier zu erschöpfen, ist ganz unmöglich. Wir können uns hier nur mit den Wohnungsverhältnissen des Proletariats in den großen Industriezentren beschäftigen. Natürlich sind uns auch die überaus traurigen Wohnungsverhältnisse der ländlichen Arbeiter nicht unbekannt, die ja direkt eine starke Ursache der Landflucht bilden. Die Pastoren-enquete über die fittlichen Zustände auf dem Lande hat ja auch ein helles Licht auf die miserablen Wohnungsverhältnisse auf dem Lande geworfen und bewiesen, daß die Arbeiter manchmal schlechter untergebracht sind, als das Vieh. Aber die Wohnungsnoth des Landproletariats hat eine ganz andere Ursache als das Wohnungselend in den Großstädten. Die erhöhte Steigerung der Grundrente in den Großstädten machte eine übertriebene Ausnutzung des Grund und Bodens notwendig, es wurden riesige Mietkasernen gebaut. Dabei hat die Vermehrung der Wohnungen absolut nicht mit der Bevölkerungszunahme Schritt gehalten. Das mußte zu einer Wohnungsnoth führen und diese traf am meisten die Arbeiter, denn das Schwäbische Gesetz hat durchaus seine Gültigkeit behalten, wonach die Aufwendung für die Wohnung um so größer sein muß, um so geringer das Einkommen einer Familie ist. Einen kräftigen Impuls hat die Behandlung der Wohnungsfrage erst erhalten, als die Choleraepidemie in Hamburg die ungeheuren Schäden der Wohnungsmisere enthüllte. Der Tuberkulosekongreß in London hat mit Recht darauf hingewiesen, daß bei der Bekämpfung dieser Proletarierkrankheit die Schaffung gesunder Wohnungen besonders wichtig ist. Was nun die Mittel zur Abhilfe betrifft, so muß ich von vornherein die alte Behauptung zurückweisen, als ob die Wohnungsfrage eine Lohnfrage sei. Nein, sie ist vielmehr eine Machtfrage. Wenn wir die Macht haben, sind auch Mittel genug vorhanden, um die Wohnungsnoth zu beseitigen. An den technischen Mitteln kann die Wohnungsreform nicht scheitern. Man behauptet, wir trieben mit unserer Wohnungspolitik Liebesgabenpolitik für die Arbeiter. Das ist ganz unrichtig. Für wen legt denn die Stadt die schönen Straßen und Plätze an? Doch nicht für das Proletariat, sondern für die Reichen. Die Städte werden jetzt total unsozial geleitet. Wir verlangen eine vollständige Kommunalisierung des Grund und Bodens, auf dem Häuser gebaut werden sollen. Die Gemeinde muß eine Wohnungsorganisation schaffen. Schwierig mag das sein. Schwierig war auch die Organisation des stehenden Heeres, der Post und des Eisenbahnwesens. Aber die Schwierigkeit schießt doch die Durchführung nicht aus. Die Gemeinde sorgt für die Wohnung des kranken Proletariats in den Krankenhäusern, für die Bestattung auf den Friedhöfen. Warum soll sie nicht auch für die Wohnungen sorgen, die dem Arbeiter den Tod weniger begehrenswerth und das Leben lebenswerth machen. Natürlich müßten die Gemeinden dazu richtige Bodenpolitik treiben, Grund und Boden zu erwerben, aber nicht zu verkaufen. Heute verkaufen die Gemeinden Grund und Boden nach den Grundbüchern der ärgsten Grundstückspekulanten. Unser Gewisse muß hat vorgeschlagen, daß die Gemeinde die Häuser an Miethergenossenschaften abgibt. Der Vorschlag hat viel für sich, denn die heutigen Organe der Stadt sind für die Verwaltung von Häusern, in denen Proletariat wohnen, nicht sehr geeignet. Genosse Hoffmann hat ja erst neulich seine Erfahrungen auf diesem Gebiete gemacht. (Weiterkeit.) Die Eigenbauthätigkeit der Gemeinden kann aber niemals ausreichen, sie wird immer auf die private Bauthätigkeit angewiesen sein. Jedensfalls aber muß über diese eine genügende Kontrolle ausgeübt werden, und dies geschieht am besten durch die Einrichtung eines Reichswohnungsamts. Die Wohnungsinspektion muß natürlich von der Polizei losgelöst werden. Ihr Aufgaben bestehen einmal in dem Kampfe



gegen die gesundheitswidrigen Wohnungen selbst, vor allem die Kellerwohnungen, und zweitens in der gesundheitschädlichen Ausnutzung der Räume durch Aufnahme von Untermiethern oder Schlafburgen. Die zweite Gefahr ist die bei Weitem größere vor allem auch in sittlicher Beziehung. Natürlich wäre eine Verhinderung der zu großen Ausnutzung der Wohnungen vollkommen zwecklos, wenn nicht damit die Fürsorge für eine genügende Anzahl guter Wohnungen Hand in Hand geht. In Hamburg, wo das nicht geschah, hat sich die Zahl der Kellerwohnungen in einem Jahre um 91 pCt. vermehrt. Das ganze Hausbauwesen muß in andere Bahnen geleitet werden. Die so überaus wichtigen Bauordnungen müssen derart ausgestaltet werden, daß sie nicht den Interessen der Baupflichtigen entgegen kommen. Wir verlangen abgestufte Bauordnungen, je nach den Zwecken, zu denen das Haus gebraucht wird. Das Bestreben der Gemeinden muß dahin gehen, die Grundrente zu senken, den Wertzuwachs der Grundstücke zu Gunsten der Allgemeinheit abzugeben. Die gesamten Steuern von Grund und Boden müssen nicht dem Staat sondern der Gemeinde zufallen, sonst werden die Gemeinden veranlaßt, möglichst wenig Grund und Boden zu erwerben, während das Gegenteil wünschenswert ist. Die Frage der geeigneten Steuerrechnung ist eine sehr schwierige, alle Versuche, die man bis jetzt mit solchen Steuern, wie Bauplatzsteuern, Umsatzsteuern uvm. gemacht sind, haben sich wenig bewährt. Alle solche Steuern können leicht überwälzt werden auf die Miether und dem kann die Gemeinde nur durch den Eigenbau entgegen treten. Sehr wichtig ist dazu die Erweiterung des Enteignungsrechtes der Gemeinden und Umgestaltung des Enteignungsverfahrens zu ihren Gunsten. Heute bedeutet das Enteignungsrecht der Gemeinden eine Privilegierung der Grund- und Hausbesitzer. Das geht schon daraus hervor, daß Grundstücke, deren Expropriation bevorsteht, heute ein außerordentlich beliebtes Spekulationsobjekt sind. Hand in Hand mit der Bodenpolitik und organisch mit ihr verbunden muß die Eisenbahnpolitik der Einzelstaaten gehen. Unsere Forderungen an das Reich selbst in Bezug auf die Wohnungsreform sind ja bekannt. Die Wohnungsreform ist ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Gesetzgebung, die ohne Wohnungsreform in ihren Wirkungen fast ganz illusorisch gemacht wird. Neben diesen Forderungen an Gemeinde, Einzelstaaten und Reich, die zwar noch zum großen Theil Zukunftsmusik sind, aber doch alle im Rahmen der heutigen Gesellschaft durchführbar sind, muß dann weiter die Selbsthilfe der Baugenossenschaften gehen. Natürlich verwerfen wir prinzipiell alle Baugenossenschaften, die darauf abzielen, ihre Mitglieder zu kleinen Hausbesitzern zu machen, verlangen vielmehr, daß das gemeinsame Eigentum der Genossen an den Häusern stets gewahrt wird. Auch habe ich ausdrücklich betont, daß wir nicht daran denken, die Tätigkeit der Baugenossenschaften zu überlagern. Natürlich können die Baugenossenschaften ohne Kredit nichts anfangen, aber ich erinnere daran, daß in den staatlichen Versicherungsfonds fünf bis sechshundert Millionen lagern, die ganz gut zur Unterstützung solcher Baugenossenschaften benutzt werden könnten. Entschieden verwerfen wir aber alle Wohlthätigkeitsrichtungen in dieser Beziehung und ebenso entschieden den Bau von Arbeiterwohnungen durch die Unternehmer. Gegen die Unternehmer können sich die Arbeiter durch Gewerkschaften schützen, gegen die Hausbesitzer aber durch nichts und wo sich gar Unternehmer und Hausbesitzer in einer Person vereinigen. Da ist der Arbeiter verrathen und verkauft. (Sehr richtig!) Vor allem aber muß betont werden, daß niemals durch irgend eine Maßnahme der Wohnungsreform die Freizügigkeit beschränkt werden darf. (Sehr richtig!) Ich komme zum Schluß. Ich habe schon im Anfang meines Referats betont, daß die Wohnungsfrage für mich eine Machfrage ist. Der Kampf gegen die Wohnungsnot ist in letzter Linie ein Kampf der Arbeiterklasse um die politische Macht in Staat und Gemeinde. So mündet auch dieser Kampf ein in den großen Emanzipationskampf des Proletariats. (Lebhafte Beifall.) Die Resolution des Referenten stellt folgende Forderungen auf:

1. Von den Gemeinden:
    - a) Erwerbung, Erhaltung und Vermehrung von Grundbesitz;
    - b) Erbauung von Wohnhäusern, insbesondere für die Arbeiterklasse; Abgabe von Wohnungen zum Selbstmietpreise; Sicherstellung der Miether gegen jedes Abhängigkeitsverhältnis von der Gemeinde;
    - c) Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern für regelmäßige Wohnungsinspektion, Wohnungsstatistik und Vermittelung der Wohnungsvermittlung;
    - d) Verbesserung der Bauordnungen;
    - e) Reform des kommunalen Steuerwesens;
    - f) Uebernahme und Ausbau der Verkehrsmittel in eigener Regie;
  2. Von den Einzelstaaten:
    - a) Erlass der bestehenden kommunalen Wahlrechte durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, ausgedehnt auf alle mündigen Personen ohne Unterscheid des Geschlechts;
    - b) Völlige Selbstverwaltung der Gemeinden;
    - c) Erweiterung des Enteignungsrechtes der Gemeinden und Umgestaltung des Enteignungsverfahrens zu ihren Gunsten; (vergl. 3a.)
    - d) Reform der Eisenbahnpolitik.
  3. Vom Reich:
    - a) Erlass eines Reichswohnungsgesetzes (enthaltend u. A. Vorarbeitenbestimmungen für Bauordnungen, Wohnungsinspektion, Kreditwesen, Enteignungsrecht);
    - b) Errichtung eines Reichswohnungsamtes (Ueberwachung und Erörterung des gesamten Wohnungswezens, Zentralbehörde für Wohnungsinspektion und Wohnungsstatistik);
    - c) Reform des Mietrechts, des Mietprozesses, der Zwangsvollstreckung.
- Küller-Hamburg zieht den Antrag des 2. Hamburger Wahlkreises, dem Programm im zweiten Theil des Sach-Ansatzes: "Regelung der Wohnungsfrage durch das Reich in Form eines Reichswohnungsgesetzes" insolge des Referats zuzustimmen.
- Schuler-Berlin bittet der Fraktion ihren Antrag zur Beschleunigung zu überreichen, der Einbringung eines entsprechenden Reichswohnungsgesetzes verlangt.
- Stollen-Hamburg beantragt, in der Resolution

Südekum bei dem Absatz "Verbesserung der Bauordnungen" hinzuzufügen:  
"und rechtzeitige Ausbehnung derselben auf die noch ungebauten Grundstücke".  
Zubeil-Berlin (zur Geschäftsordnung): Ich bitte Sie von einer Diskussion Abstand zu nehmen. Wir würden wieder einige Redner hören und die übrigen würden frangulirt werden. Dadurch hätten wir bei dieser hochwichtigen Frage nichts erreicht. Daher bitte ich Sie, weil doch schon fast jeder mit dem Votum in der Hand dasteht, von einer Diskussion Abstand zu nehmen. (Bravo!)

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Dr. Südekum-Dresden erklärt sich in seinem Schlusswort mit den gestellten Anträgen einverstanden. Er bittet die Parteigenossen, die hochwichtige Frage nicht mehr aus der Diskussion in der Partei verschwinden zu lassen. Er habe hier Anregungen gegeben und hoffe, daß dieselben auf fruchtbaren Boden gefallen und in der Agitation ausgenützt werden würden.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Berichtigung. In der kurzen Wiedergabe der Rede des Genossen Quard-Frankfurt a. Main aus der Vormittags-Sitzung vom 26. September zur Akkord-maurerfrage ist eine wichtige Mittheilung Quards durch einen Druckfehler entfallen. Es muß nämlich heißen: "Sogar die lokalorganisirte Richtung der Maurer Deutschlands hat ihre (der Hamburger Akkordmurer) Aufnahme verweigert (statt forrgirt, wie der Drucksetzer teufel den Genossen Quard sagen läßt), weil auch die Lokalorganisirten gegen die Akkordarbeit seien."

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

Der Ausfall der sächsischen Landtagswahlen läßt sich jetzt bereits im allgemeinen übersehen. Die Wahlbetheiligung war durchgängig nicht höher als 50 Proz. In der dritten Abtheilung sind bis auf wenige Ausnahmen die sozialdemokratischen Wahlmänner gewählt; in der zweiten Abtheilung ist es der Sozialdemokratie dagegen nirgends gelungen, auch nur einen Wahlmann durchzubringen. Damit ist der Sieg der "Ordnungs"-Kandidaten entschieden. Nur im 1. städtischen Wahlkreis (Zitau-Böbau) besteht eine entfernte Möglichkeit, daß der bisherige nationalliberale Vertreter, Kollfuß, mit Hilfe der sozialdemokratischen Wahlmänner der dritten Abtheilung durch einen Freisinnigen ersetzt wird. Aber wie gesagt, dies ist nur eine sehr entfernte Möglichkeit. Es werden demnach auch die letzten vier sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Landtage verschwinden. Von den bisherigen sozialdemokratischen Mandaten gehen drei in konervative und eins in nationalliberale Besitz über. Da die Konservativen auch das Mandat des zurückgetretenen "fortschrittlichen" Abgeordneten Ulfemann an sich gerissen haben, und der früher als "Fortschrittler" gewählte Gemeindevorstand Träger diesmal als reiner Konservativer kandidiert hat, so werden die Konservativen einen Zuwachs von fünf Mandaten gegen den Bestand der letzten Sitzungsperiode zu verzeichnen haben. Damit sind aber die Konservativen die absoluten Herren in der Zweiten Kammer geworden, denn sie verfügen nunmehr über die absolute Majorität. Die Konservativen können nunmehr ungehindert und ungehindert ihren gemeinschaftlichen Sonderinteressen im Landtage durchsetzen; das werden sie namentlich bei den Beratungen über die Steuerreform thun. Die Nationalliberalen sind an die Wand gequetscht und hängen völlig von der Gnade der Konservativen ab. Auf die Wahlergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen einzugehen, lohnt sich nicht, da nur aus den von den größeren Städten gebildeten Wahlkreisen Totalergebnisse vorliegen, die aber überall dasselbe Bild aufweisen. Wenn die gesammte Ergebnisse vorliegen, werden wir sie in einem übersichtlichen Tableau zusammenstellen. Eine allgemeine Wahlberathung geben wir morgen.

**Kleine politische Nachrichten.** Die Mittheilungen über einen Excurs an Bord des Kreuzers "Gazelle" glauben die Anwohner "Berliner Kunst. Nachr." als mißdeutend übertrieben bezeichnen zu können, da außerall die Oberkommando-behörde der Flotte von einem derartigen Excurs eine Weibung bekommen haben würde. — Der Direktor des Statistischen Amtes, Geheimrath Herrmannsradt von Scheel, ist am Freitag in Berlin im Alter von 62 Jahren gestorben. Seit 1877 Mitglied, wurde er 1891 Direktor des Statistischen Amtes. — Der in voriger Woche verstarb Redakteur des anarchischen Blattes "Neues Leben" Otto Panzer ist nach dem Verlautung des Todes überliefert worden, photographirt, vom Unterdrückungsrichter einem Verhör unterzogen und dann auf freien Fuß gesetzt worden. — Der Hanauer S. und S. aus Aschaffenburg hat die Zählungen eingeleitet und sich im Reine extrahirt; die Letzte wurde am Freitag Vormittag gehalten. — Der Generalkonzeptionsrat der Heilbronner Gewerbebank, Rechtsanwalt Koenig, ist in Folge der Aufregungen der letzten Tage erkrankt und in eine Heilanstalt untergebracht worden. Der Prokurist Krug, der bisher gegen Koalition auf freiem Fuß geblieben war, ist am Donnerstag verhaftet worden. — In Petersburg haben zahlreiche Befragungen von Studenten der Hochschule für Technik und Ingenieurwissenschaften stattgefunden. Die Maßregel wird als "Alt der Besatzung gelegentlich des Aufstehens des Zarenpaars in Spala erklärt. — Das Militärgericht in Petersburg verurtheilte den Leutnant v. Rißler wegen Wechsels zum Verlauf seines Karrees, des Ablasses und aller Rechte. sowie zur Einstellung in die Reserveabtheilung auf 18 Monate. So billig kommen die abigen Reder im vorerwähnten Red in Deutschland doch nicht weal! — Die "Wächter" "Agencia Stefani" meldet: Die bakteriologische Untersuchung der im Lazareth Nisida befindlichen Kranken bestätigt, daß es sich um Pest handelt. Jedoch ist weder in Nisida, Neapel noch sonstwo ein neuer Erkrankungsfall vorgekommen. Die Befragung ist mitthig und die in diesen Augenblick festgestellten 12 Fälle beherrschbar. — Ein großes Wunder am Freitag früh in das Staatsgefängnis in Kavern (Kewerik) eingeliefert. — Wie der "Frank. Bzg." aus New-York gemeldet wird, hat in Kewerik (New-Jersey) eine Explosion in den Gaswerken stattgefunden, bei welcher 11 Personen getödtet wurden.

#### Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Einer Brüsseler Drahtung zufolge verlautet Donnerstag in büren-fremdlichen Kreisen in Brüssel und im Haag, daß die britischen Truppen in Südafrika eine schwere Niederlage erlitten hätten, wobei sie 215 Tödt, Verwundete und Gefangene gehabt und zwei Geschütze verloren hätten. Dagegen werden Depeschen aus Pretoria und Standerton, daß Botha sich mit seinem ganzen Kommando nach Ormslo zurückgezogen habe, ohne sich in einen Kampf mit den dort konzentrirten Nataler Truppen einzu-

lassen. Der Brüsseler Vertreter der "Frankf. Bzg." hatte eine Unterredung mit Dr. Lehds. Ueber einen neuen Sieg der Büren ist ihm nach seiner Versicherung nichts bekannt. Vom internationalen Schiedsgericht sei in absehbarer Zeit eine Antwort nicht zu erwarten. Es käme darauf an, ob die Vertreter der Mächte im Haag an ihre Regierungen berichteten. Die Lage auf dem Kriegsschauplatz sei für die Büren entschieden günstig.

Wie dem "Standard" aus Durban gemeldet wird, bestätigt sich die Nachricht von dem am 23. September bei Standerton erfolgten Bahnunfall. Das Unglück wurde durch eine verbogene Schiene herbeigeführt. Der Zug führte Gardebrigade mit sich, von denen sechs getödtet und 36 verwundet wurden.

Die Erste in Transvaal ist ungewöhnlich reich ausgefallen und genügend, um vollauf die Bedürfnisse der Truppen zu decken. Im Orange-Freistaat verursachen dagegen die Heuschrecken großen Schaden.

#### Bereinigete Staaten.

Präsident Roosevelt und Deutschland. Wie der "Frankf. Bzg." aus New-York berichtet wird, hat Präsident Roosevelt kurz nach den Trauerfeierlichkeiten in Washington an Professor Münsterberg in Boston geschrieben: "Es geht sehr wenige Dinge, die mir so am Herzen liegen, als daß zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten stets die warmste Freundschaft herrschen möge." Man erinnert sich noch der für Deutschland sympathischen Rede, die der neue Herr im Weißen Hause als Vizepräsident bei der Verleihung des Dokortitels seitens der Harvard-Universität an den deutschen Votschafter v. Holleben kürzlich gehalten hat.

#### Kolumbien.

Der Krieg zwischen Kolumbien und Venezuela. Einer Depesche aus Willenstab (Curacao) zufolge ist dort die Meldung eingetroffen, daß in dem Gefecht auf der Halbinsel Goajira 300 Venezolaner mit 4 Geschützen gefangen, 600 Venezolaner getödtet oder verwundet seien bezw. vermisst würden; unter den Verwundeten soll sich der Bruder des Präsidenten Castro befinden.

#### Webel und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 28. September.  
Weide Jeder den Nordhäuser Mostfabrik, solange nicht die "freisinnigen" Fabrikanten, das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter anerkennen! — Die Namen der Firmen, die den Vernechtungskampf aufrecht erhalten, sind folgende: E. A. Neiff, G. A. Hanewater, Berlin u. Bona, F. C. Lerche, H. u. K. Wittig, Rothhardt u. Co., G. Nedderjen, Saalfeld u. Stein.

Von einem "Siege" Webers über Bernstein. In dem hiesigen Amtsblatt. Es meint, daß Genosse Bernstein nach dem Sprichworte: "Der Klügste giebt nach" gehandelt habe. Wir können es uns sehr leicht erklären, daß das Amtsblatt in nicht geringem Maße über den Ausfall der Bernstein-Debatte geräth; ist demselben doch dadurch mit einem Schlage eines der beliebtesten Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie genommen worden. Der Schreiber jener Zeilen giebt jedoch die Hoffnung nicht auf; er glaubt, daß selbst dieser günstige Verlauf der Bernstein'schen Angelegenheit den nothwendigen "Berichtigungsprüfung" innerhalb unserer Partei nicht aufhalten wird. Nun, wir wollen dem Amtsblatt den Glauben nicht rauben, möge es ruhig nach seiner Façon selig werden. Wir aber freuen uns, daß im Interesse der Partei der Streit begraben ist, und daß Genosse Bernstein nunmehr Schulter an Schulter mit uns kämpfen wird gegen den gemeinsamen Feind; der Arbeiterjagd zum Schutz, dem Amtsblatt und seinen Trabanten aber zum Trutz!

Eine öffentliche Bäckerversammlung tagte am Freitag in "Schneiders Gesellschaftshaus". In derselben referirte Frau Steinbach-Hamburg über die "Lage der Bäcker und ihre Verbesserung". Die Referentin verstand es, in packenden Worten den Anwesenden die elende Lage der Bäcker vor Augen zu führen. Nur ein fester Wille, eine starke Organisation sei im Stande, die Angriffe der Meister gegen den wüthigen Arbeiterschutz abprallen zu lassen und die Lage der Arbeiter zu verbessern. Lebhafte Beifall lobte die Referentin. Neun Geschüßen ließen sich in den Verhandlungen aufnehmen. Ein günstiges Resultat, wenn man bedenkt, daß die Agitation unter den Bäckerarbeitern eine außerordentlich schwierige ist.

Man munkelt allerlei, nämlich über die leidige Bahnhofsfrage. Schon verschiedene Male vernahm die hiesige bürgerliche Presse, daß die Generalversammlung der Aktionäre an einem bestimmten Termin stattfinden; diese Termine verstrichen jedoch, ohne daß dieselbe stattgefunden hätte. Jetzt verlautet wieder, daß die Generalversammlung auf Ende Oktober anberaumt worden sei. Warten wir ab, ob sich diese Meldung bestätigt; sollte das nicht der Fall sein, nun, dann vertrauen wir uns eben noch ein paar Jährchen, wir sind ja das Warten in unserer Vaterstadt schon gewohnt. Es wäre aber zu wünschen, daß nunmehr endlich der Bahnhofsfrage von Seiten der Aktionäre näher getreten würde, damit einerseits einmal gebrochen wird mit Bahnhofsverhältnissen, die thatsächlich an das berühmte Krähwinkel erinnern, und andererseits den zahlreichen brach liegenden Arbeitshänden Gelegenheit zum Verdienen geboten würde. Sollten die Aktionäre aber versuchen, die Sache auf die lange Bank zu schieben, dann wäre es v. G. Aufgabe des Staates, der doch mit einem großen Betrag an den Kosten der Verlegung des Bahnhofs partizipirt, energisch einzugreifen. Das ist seine Pflicht und Schuldigkeit nicht nur im Interesse der Stadt und ihrer Bewohner, nein, auch im Interesse der zahlreichen Arbeitslosen.

Schöffengericht. Ein unangenehmer Patient war der Handelsmann K., der eines Tages im angetrunkenen Zustande bei Dr. Lorenz erschien und, trotzdem er gesund war, unter allen Umständen in das Krankenhaus wollte. Schließlich gab Dr. L., um, wie derselbe angab, den K. los zu werden, diesem ein Rezept. K. beharrte jedoch auf seinem Verlangen. Da er nun trotz mehrmaliger Aufforderung, das Zimmer zu verlassen, nicht fortgegangen ist, vielmehr, als er hinausgeschoben worden war, an den Thüren rüttelte und ununterbrochen die Glöde hempte, wurde er verhaftet. Am Freitag hatte er sich nun wegen Hausfriedensbruchs zu verantworten. Da er wegen dieses Delictes schon häufiger verurtheilt ist, erkannte das Gericht auf 3 wei Monate Gefängniß.



**Vom Hafen.** In der verfloffenen Woche gelangten auf dem Seewege 38 Dampfer und 21 Segler, zusammen 59 Seeschiffe, und auf dem Kanalwege 32 Fahrzeuge in den hiesigen Hafen. 49 Kinder, darunter 6 aus Schleswig-Holstein wurden seewärts eingeführt. Unter der auf dem Seewege angekommenen Ladung befanden sich u. a. auch über 9000 Kisten Kronsbeeren.

**pb. Gethelter Schmerz ist halber Schmerz,** kann ein Knecht ausrufen, der Freitag wegen Hehlerei verhaftet wurde. Derselbe hat in Gemeinschaft mit dem am Mittwoch wegen Diebstahls von 100 Mk. verhafteten Kuchnecht das entwundene Geld, trotzdem er die Herkunft desselben kannte, verzehrt.

**Alcine amtliche Nachrichten.** Für die Davor der gleichzeitigen Abwesenheit des Senators Dr. Flug und Senator Wolpmann hat der Senat Senator Dr. Eschenburg der Kandidation und der Kanalbaubehörde beigeordnet und ihm den Vorsitz in diesen Behörden übertragen.

**Der Circus Variete,** welcher sich im Laufe der Jahre die volle Sympathie unserer Bevölkerung erworben hat, veranstaltet am morgigen Sonntag zwei Vorstellungen, von denen bei der am Nachmittag stattfindenden keine Preise gelten. Wir weisen auf diese Vorstellungen hin mit dem Bemerkung, daß bereits am Montag die Abschiedsvorstellung der Künstler des Eröffnungsprogramms stattfindet.

**Gutin.** Die Unverschämtheit der Agrarier tritt recht deutlich zu Tage in einem Beschluß der Landwirtschaftskammer für das Fürstenthum Lübeck. Nach diesem soll die Regierung ersucht werden, dahin zu wirken, daß für sämtliche Getreidearten ein Mindestzoll von 7,50 Mark eingeführt wird und daß die Zölle für Pferde, Vieh, Mais und sämtliche thierischen Erzeugnisse bedeutend erhöht und nur nach Gewicht berechnet werden. — Wir zweifeln nicht, daß, wenn das arbeitende Volk allerorts seine Pflicht in der Unterzeichnung der Petitionsbögen erfüllt, die brodwucherischen Pläne der modernen Raubritter scheitern werden an dem von Millionen erhobenen Protest des werththätigen Volkes.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Der Kassirer der Zahnklinik Kiel des Centralverbandes Deutscher Zimmerer, Dübbern, war vom Schöffengericht zu 10 Mk. Geldstrafe verurtheilt worden, und zwar wegen Veranlassung einer öffentlichen Lustbarkeit. Am 20. April d. Js. hielt die Zahnklinik im „Engl. Garten“ ein Frühjahrsvergnügen ab. Dem in Civil befindlichen Schuttmann gelang es, sich gegen Entrichtung von 70 Pfg. Eintritt zu verschaffen. Da Dübbern den ganzen Abend die Kasse geführt hatte, wurde er zu obiger Geldstrafe verurtheilt. Hiergegen legte er Berufung ein und die Strafkammer sprach ihn am Freitag frei, da er nachzuweisen vermochte, daß er nur Mitglieder mit Legitimation eingelassen und sogar einige zurückgewiesen hat, die eine solche nicht vorzeigen konnten. Er habe Enke nicht hineingelassen, dieses müsse geschehen sein, als er einmal kurze Zeit ausgetreten war. — Wegen Bedrohung eines Arbeitswilligen nach vorausgegangener Provokation desselben wurde in Bremen ein Maler zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Der Arbeitswillige hatte auf den Verband und auf die streikenden Maler

geschimpft. Hierbei soll seitens des Verurtheilten die irrtümliche Aeußerung, er werde dem Arbeitswilligen mit den Fingern durchs Gesicht fahren und dann könne derselbe seine Knochen hinterm Wall aufsuchen, gefallen sein.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Ein betrübender Unglücksfall ereignete sich Mittwoch Abend auf der Mühle in Wesenberg. Als der dort beschäftigte fünfzehnjährige Sohn des Schuhmachers H. dabei war, ein Messer zu schärfen, gerieth er mit dem Arm in einen Treibriemen, der ihn mit sich zog. Mit aller Wucht wurde er auf den Fußboden geschleudert, wodurch der Tod sofort eintrat. — Im Friedrichstädter Gerichtsgefängniß erhängte sich der Badergeselle Hermann aus Ebing, der Mittags nach Verbüßung einer vierwöchigen Haft entlassen werden sollte. Die Sorge um die Zukunft wird die Verurtheilung zu diesem Schritt gewesen sein. — In Uetersen entließ ein freisinniger Geschäftsinhaber einen Sattler, weil derselbe Flugblätter gegen den Brodwucher vertheilt hat. Acht freisinnig! — Im Streit erstochen wurde in Hamburg der Seemann Bischof von einem obdachlosen Arbeiter. Seiner Verhaftung setzte der Wesserbeld energiglichen Widerstand entgegen und brachte hierbei einen seiner Verfolger einen Stich in den Oberarm bei. — Im Jähorn brachte in Finkenwärder ein vierzehnjähriger Schulknabe einem Lehrling einen ziemlich tiefen Stich in die Schulter bei.

**Schönberg.** Die Petersberger Angelegenheit gelangte am Freitag vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Angeklagt waren 19 Bewohner des Dorfes Petersberg, die sich gegen die Feuerlöschordnung des Fürstenthums vom 13. April 1900 insofern vergangen haben sollen, als sie zu einer Feuerlöschübung nicht erschienen waren, obgleich eine Aufforderung rechtzeitig ergangen war. Die Landvogtei hatte jeden der Nichter erschienenen zu 30 Mk. Geldstrafe verurtheilt, wogegen Einspruch erhoben war. Die Angeklagten hielten sich zum Erscheinen bei der betreffenden Übung nicht verpflichtet, zumal sie nicht in Petersberg, sondern in Lockwitz hielten. Nach dem § 14 der Feuerlöschordnung können sowohl die Mannschaften eines Bezirks als auch eines einzelnen Dorfes zu Übungen zusammengezogen werden. Aus diesen Paragraphen stützte sich die Anklage, doch hielt der vorliegende Amtsanwalt die Strafe von 30 Mk. zu hoch und beantragte, sie auf 3 Mk. zu bemessen. Die Verteidigung führte unter Genosse Rechtsanwält Herfeld, der die Rechtsgültigkeit der Verordnung bestritt. Nach § 7 der Verfassung müsse der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz vor Erlass einer Verordnung den Landtag darüber befragen und dessen Gutachten darüber einholen. Da nun der Landtag niemals zusammenkomme, so könne der Großherzog auch keine Gesetze erlassen. Die Verordnung besage aber ausdrücklich, daß sie nur vom Großherzog erlassen sei. Sie sei darum als nicht zu Recht bestehend anzusehen und die Angeklagten müßten freigesprochen werden. Das Schöffengericht schloß sich jedoch der Ansicht der Landvogtei an und verurtheilte die 19 Angeklagten ebenfalls zu 30 Mk. Geldstrafe.

**Hamburg.** Wegen Vergehens gegen das Preßgesetz und Aufforderung zur Be-

gehung strafbarer Handlungen hatte sich der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Carl Begien, am Freitag vor der Strafkammer zu verantworten. Unter Zeichnung des Angeklagten als verantwortlichen Redakteur erschienen in Hamburg das für die eingewanderten italienischen Arbeiter berechnete Organ »L'Oparajo Italiano«. In der Nummer desselben vom 25. Mai d. J. war ein mit »Begi« unterzeichneter Artikel mit der Ueberschrift »Frio degl' interessi padronali«. In dem Artikel war von einem Streik die Rede, an welchem italienische Arbeiter theilgenommen waren. Es wurde mitgetheilt, daß eine Anzahl Leute zu Streikbrechern geworden seien. Die Namen dieser Leute wurden aufgeführt, und gesagt: die Arbeiter möchten die Namen dieser Streikbrecher nicht vergessen, und dann soll es nach der Uebersetzung eines Polizeibeamten weiter geheissen haben: — — — Alle, die Lust dazu haben, ihnen ihre Gratulationen zu schicken und ihnen womöglich, wenn sie sie treffen, in einer noch fühlbareren Form (esprimere in una forma piu sentita) den aufrichtigen Ausdruck ihrer Bewunderung und Dankbarkeit mitzutheilen — — — Hierin wurde die Beleidigung erblickt. Der Angeklagte erklärte, daß ihm infolge mangelnder Kenntniß der italienischen Sprache der Inhalt jenes Artikels nicht bekannt gewesen sei. Das Gericht verurtheilte ihn zu 100 Mark Geldstrafe event. 10 Tagen Haft.

**Güstrow.** Das Schwurgericht verurtheilte den 25jährigen Techniker Wilhelm Rothaar aus Oberberbach (Bayern), der in der Nacht vom 8. zum 9. Juni ds. Js. bei einer großen Schlägerei zwischen Technikern in der Schloßstraße zu Strelitz drei Revolvergeschosse abgefeuert und den Techniker Häußler aus Volksofen durch einen Schuß in den Unterleib getödtet hatte, wegen Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu vier Jahren Gefängniß. Der Angeklagte ist geständig; er will jedoch in der Nothwehr gehandelt haben. Diese Behauptung wurde aber durch die Zeugenansagen widerlegt.

**Hamburger Marktbericht.**

Hamburg, 27. Septbr

Butter.	
I. Qualität	Mt 108-116
II. Qualität	104-107
Ferner:	
Frischerbutter und ältere	95-100
Schlesw.-Holst. Bauernb. verzollt	80-85
Rußische	98-103
Galizische und ähnliche	82-86
Amerikanische	82-88
Finnische Waare	—

**Streu- u. Viehmarkt**

Hamburg, 27. September.

Der Schweinehandel verlief flau. Angekauft wurden 1740 Stue. davon vom Norden — vom Süden — Stück. Preis: Sengschweine — Mk. Verbandschweine, schwere 59-61 Mk., leichte 59-60 Mk., Sauen 50-58 Mk. und Ferkel 56-59 Mk. pr 100 Pfd.

Heute Morgen entließ nach langem Kranklager mein lieber Mann  
**Heinrich Augustin.**  
Dies zeigt tiefbetriibt an  
**R. Augustin Wwe.**  
Die Beerdigung findet am Montag Vormittag 10 Uhr von der Leichenhalle aus statt.  
Trauerfeierlichkeit 9<sup>1/2</sup> Uhr.

**Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
(Zahlstelle Lübeck 1.)

**Nachruf.**  
Am Freitag den 27. September verstarb unser Mitglied  
**H. Augustin.**  
Ehre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet am Montag den 30. September, Morgens 10 Uhr, von der Kapelle des Allgemeinen Gottesackers aus statt.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Metallarbeiterverband**  
(Zahlstelle Lübeck)

**Nachruf!**  
Am Sonntag den 22. September starb unser Mitglied  
**Karl Rohde** infolge eines Unglücksfalles in Helsingör.  
Ehre seinem Andenken!  
**Die Ortsverwaltung.**

**Danksagung.**  
Sagen allen denen, die uns beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes ihre Theilnahme erwiesen, unsern herzlichsten Dank.  
Kienefeld, d. 27. Septbr. 1901.  
**H. Evers u. Frau.**

**Ein freundliches Logis**  
für einen Mann. Dankwartstraße 69

**Wohnung** zum 1. October Hafenstraße 52 bill. zu verm.

**Gutes Logis** billig zu verm. Hafenstraße 52.

**Ein möbliertes Zimmer** zu verm. Wüdebestraße 31, 1

**Logis zu verm.** Fischergrube 12.

**Ein Sopha und ein Divan** billig zu verkaufen Fischergrube 56, II.

**Seine Raucherstuben** billig zu verkaufen Sedanstraße 10.

**Abgeschlossene Wohnungen,** 3 Zimmer, Küche, Vertheilung, Keller, Mt. 270 und 260 zu vermieten Wüdebestraße 27.

**Ein freundl. möbl. Zimmer** zu verm. Schützenstraße 53.

**Beijut zum 1. Nov. 1 Jg. Mädchen** zum Erlernen der Damenschneiderei und Näherzeichnen. **M. Boye, Mori**

**Billig zu verkaufen ein Teich** Belarstraße 13a.

**Ein Fahrrad zu verkaufen** Friedenstraße 58.

Wegen Aufgabe des Fahrens ein besonders starkes **Fahrrad**, wenig gebraucht, für 90 Mark zu verkaufen. Näb in der Exped. d. Bl.

**2 gleich gute Verstellten mit Sprungfederfedermatr., 1 St. Sofa.** Fischergr. 59 part. v. Brautleute besonders aufmerksam.

**Zu verkaufen ein Tisch,** 6 Mt. lang, 1 Mt. breit, gut für Speisewirtschaft passend Engelstraße 87.

**Junge belgische Kieienkaninchen** billig zu verkaufen Wüdebestraße 27.

**Ferkel** hat zu verkaufen **H. Lange, Mori.**  
Empfehle meinen

**Kaffee-, Friseur- und Haarschneide-Salon.** **Ed. Radtke**  
Engelstr. 55. Ecke Schwandelenquerstraße.  
Empfehle mich bei Theateraufführungen als Friseur. Verleihen von Perücken und Häuten billigst.

**Umzüge werden gut und billigst befördert** **Balanerstraße 33/10.**

**Julius Schiott, conc. Kammerjäger** **Gundestr. 10. La. Lohberg 63.**

**Das Lagerhaus u. Expeditions-Geschäft** **Fischergrube 52**  
empfiehlt sich zum Lagern und Nachsenden aller Gegenstände prompt u. billig.

**Prima junges Fleisch, gekochte Mettwurst und Leberwurst**  
sowie von jetzt an jeden Sonnabend: **Frisch gekochtes Rollfleisch.**  
**Herm. Dose.**

**Nur 3 Tage**  
noch dauert der extra billige  
**Räumungs-Verkauf**  
großer Parthieposten sowie sämtlicher Sommerartikel, da unbedingt für neue Winterwaaren Platz geschafft werden muß. Es werden ca. 1000 Anzüge zu Erschwerpreisen gegen baar abgegeben:  
Herren-Anzüge, Cheviot, 7 1/2, 8 1/2, 12 Mt.  
Herren-Anzüge, Buckskin, 10, 13 1/2, 17 Mt.  
Herren-Anzüge, hochfein, 18, 20, 22 1/2 Mt.  
Herren-Paletots, Herbststoffe, 6, 9, 18 Mt.  
Herren-Joppen, Loden, 3, 3 1/2, 5 Mt.  
Knaben-Anzüge, Cheviot, 1 1/2, 2, 2 1/2 Mt.  
Knaben-Sammlet-Anzüge, 3 1/2, 4 1/2, 6 Mt.  
Spezialität: Eleg. schwarze Anzüge.  
In unserer Maas-Abtheilung liefern wir tadellos sitzende, eleg. Herren-Anzüge und Paletots von 30 Mt. an.  
**Welthaus Goldene 33**  
nur Breitestr. 33, 1 Treppe.  
Einziges Geschäft dieser Art in Lübeck.  
Kein Laden.

**Seifen-Special-Geschäft**  
von **Christian Jörs**  
Schüsselbuden 10 Lübeck Schüsselbuden 10.

**Circus Variété**  
**Letzter Sonntag**  
des Eröffnungs-Programm.  
**2 Vorstellungen 2**  
um 4 und 7 1/2 Uhr.  
Nachmittag keine Preise.  
Kinder die Hälfte.  
Erstes Auftreten der russisch. Tänzertruppe  
**„Barbarina“**  
Montag:  
**Abschieds-Vorstellung.**  
Dienstag:  
**Der 2. neue Spielplan.**

**Alle Sorten Weine und Spirituosen**  
zu billigen Preisen  
auch im Klein-Verkauf und Ausverkauf  
empfehlst  
**J. Höppner, Bedergrube 66.**

**Concerthaus Fünfhausen**  
(A. W. Neumann.)  
Sonntag den 29. September:  
Neu! Nur diese eine Vorstellung. Neu!  
**American Bioscope**  
(Juni 1901) und

**Original-Kinematograph**  
**Lumiere.**

**L. Herwig's Theater leb. Photographien.**  
Von künstlerischem Werth!

**Jungfrau von Orleans.**  
Großartigste kinematographische Aufnahme.  
Vorher: 24 hochinteressante Scenen.  
1. Abtheilung:

Humoristische Scenen und Die Hirschjagd.  
1. Abgang zur Hirschjagd 2. Treiber a. Reute.  
3. Hirsch, von Hundem verfolgt, durch einen See schwimmend. 4. Verdiente Suppe  
Marktplatz in Tokio.  
Bauerschiffe der Großmächte vor Zulu.  
2. Abtheilung:

**Der Buren-Krieg in Südafrika.**  
12 Original-Aufnahmen.  
**Dewet und seine Getreuen.**  
Großartiger Empfang  
des Präsidenten Krüger in Paris.  
Begräbnisfeier J. M. der Königin  
Victoria von England.

Nachdem:  
**Pariser Zauber-Theater.**  
Mein Unternehmen ist zur Genüge bekannt, daß es wohl keiner besonderen Anpreisung bedarf. Zu zahlreichem Besuch lade ergeht ein  
Hochachtungsvoll  
**Die Direktion.**  
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Preise der Plätze:  
1. Platz 1 Mt., 2. Platz 60 Pfg., 3. Platz 30 Pfg. — Kinder 50, 30 und 15 Pfg.  
Vorverkauf an den bekannten Verkaufsstellen: 1. Platz 75 Pfg., 2. Platz 50 Pfg.



# Zum Umzug

empfehlen wir unser großes Lager in

## Haus- und Küchengeräthen

und erlauben uns nachstehend Einiges als besonders vortheilhaft hervorzuheben. Der Verkauf findet in unseren beiden Detail-Verkaufsstellen

37 Breitestraße 37 und 21 Holstenstraße 21

Große emaillierte Eimer, extra schwer, 80 Pfg.

Petroleumkocher zu bekannten Preisen.

Petroleumkocher zu bekannten Preisen.

**Emaille**  
nur prima Qualität.

Schüsseln 18, 25, 35, 42, 45 Pf.  
Kochtöpfe 55, 70, 85, 110, 130 :  
Casserollen 20, 30, 40, 55, 70 :  
Stielpfannen 25, 35, 45, 65, 70 :  
Eisenträger 48, 58, 68, 83, 92 :  
Wasserkeffel 100, 120, 150, 180 :  
Spülwannen 105, 125, 140, 170 :  
2c. 2c.

**Holzwaaren**  
aus bestem Material

Gewürzschränke 25, 45, 50, 90, 120 Pf.  
Gewürztagären 120, 150, 200 :  
Eierschränke 45, 60, 175 :  
Wichs- u. Bugkasten 30, 50, 60, 100 :  
Messertischbretter 25, 30, 45, 50 :  
Fleischklöpfer 35, 50 :  
Löffel 8, 10, 12, 15, 20, 25 :

**Lampen**  
mit vorzüglichen Brennern  
unter Garantie.

Küchenlampen 35, 50, 60, 75, 100 :  
Tischlampen 140, 160, 220, 250, 300 :  
Korridorlampen 60, 120, 150 :  
Nachtlampen 35, 50 :

**Echt Solinger  
Stahlwaren,**  
garantirt gute Qualität.

Messer u. Gabeln, bill., 25, 35, 50, 60 Pf.  
Messer, einzeln, 15, 25, 35, 50 :  
Gabeln, „ 15, 25, 35, 50 :  
Kartoffelschälmesser 10, 15 :  
Messer u. Gabeln, bess., 80, 90, 120, 140 :

**Eisenwaren**  
in nur soliden haltbaren  
Qualitäten.

Kohleneisen 290, 320 Pf.  
Blätt-Anfächer, 55, 75, 90, 110, 130 :  
Eiserne Töpfe, 45, 65, 70, 95, 120 :  
„ Pfannen 70, 90, 110 :  
Korkenzieher 15, 20, 30, 50 :

**Verzinkte  
und  
lackirte Waren.**

Wannen 200, 270, 350, 400, 470 Pf.  
Eimer 100 :  
Waschtöpfe mit Einsatz 330, 390 :  
425, 495 :  
Nischeimer 120, 155, 200, 240 :  
Kohleneimer 135, 175, 240, 300 :  
Salonkasten 290 :

# Frankenthal & Co.

37 Breitestraße 37.

21 Holstenstraße 21.

# Grosser Massen-Verkauf

Heute Sonnabend erster Tag!

## Stauwend billige Preise!

Wir geben von heute ab, soweit der Vorrath reicht, bei Einkäufen von 10 Mk. an

einen hübsch garnirten Winterhut (nach eigener Wahl) gratis!

Besichtigung unserer Teppich-Ausstellung in der I. Etage  
ohne Kaufzwang gestattet.

# Paul Brinn & Co., Lübeck.

**Billige Uhren-Reparatur-  
Werkstatt.**  
Reinigung u. Reparatur. Mehrjähr. Garantie.  
Uhren einzeln 1,50 Mk. Uhrmacher 30 Pf.  
Taschenuhren von 5 Mk. Wanduhren u. 3 Mk.  
Regulator u. 10 Mk. an. Große Ausw.  
H. Schultz, Uhrmacher, Johannisstr. 3.

**Pflaumen**  
per Hund 5 Pfg.  
**Dauer-Äpfel**  
per Hund 10-20 Pfg.  
Fleischhauerstraße 87.

**„Granitin“**  
bestes schnelltrocknendes  
Fussbodenglanzöl.  
Zu haben bei  
August Faasch, Blücherstraße 23.  
Am Sonntag, den 29. September:  
**Erntebier**  
wozu freundschaftlich einladet  
Stodsdorf. H. Man.

**Schöne Sommerfang-Heringe**  
3 Stück 10 Pfg., empfiehlt  
C. Trost, Fadenburger Allee 57 a.  
Einladung zum  
**BALL**  
der Bedienung  
am Sonntag den 6. Oktober  
im Lokale des Herrn W. Gloe  
(Louisenlust)  
Abgang 5 Uhr. Eintritt 60 Pfg., Damen frei.  
Hierzu ladet freundschaftlich ein  
Die Bedienung.

**Stadt-Theater.**  
Sonntag den 29. September 1901:  
Anfang 7 Uhr.  
Eröffnungsvorstellung.  
1. Vorstellung im Sonntags-Abonnement.  
**Cyrano de Bergerac.**  
Romantische Komödie in 5 Aufzügen  
von Edmond Rostand, deutsch von Rudw. Julda.  
Montag den 30. September 1901:  
— Anfang 7 1/2 Uhr —  
2. Vorstellung, 1. Montags-Abonnement  
**Fidelio.**  
Große Oper in 2 Akten von L. v. Beethoven.



# Erste Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 228.

Samstag, den 29. September 1901.

8. Jahrgang.

## Sozialdemokratischer Parteitag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten.“

Lübeck, den 27. Septbr. 1901.

Fünfter Verhandlungstag.

Nachmittags-Sitzung.

In der Banter Streitsache wird nach längerer Debatte die Entscheidung der Reinerkommission gebilligt, monach es dabei bleibt, daß die kleinen Scharwerker nicht aus der Partei ausgeschlossen werden.

Den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit erspaltet

Wurm-Berlin: Ich werde Ihnen, wie mir, das Vergnügen bereiten, sehr kurz zu sein. Im Allgemeinen ist die Tätigkeit der Fraktion nicht beanstandet worden. Nur in neuester Zeit hat Genosse Barvus getadelt, daß wir einen Antrag auf Einführung des zehnstündigen Maximalarbeits-tags eingebracht haben. Wir verlangen darin aber nur die vorläufige Einführung des zehnstündigen Arbeitstags, um dann den Achtstundentag durchzusetzen. Wir wollen nicht den bürgerlichen Parteien goldene Brücken bauen, sondern vielmehr die Heuchelei ihrer Sozialreform entlarven. Es ist ein Irrthum wenn Barvus meint, das Zentrum komme uns sogar zuvor, indem es einen Antrag auf eine dreizehnhundertstündige Maximalarbeitszeit pro Woche eingebracht habe. Diesen Antrag vertritt nur eine Minorität des Zentrums unter Professor Hise um ihre angebliche Arbeiterfreundlichkeit zu beweisen. Herr Hise hat selbst im Reichstag erklärt: „Ich für meine Person halte den zehnstündigen Maximalarbeitstag heute für ganz gut durchführbar“ und gleich darauf vertrat sein Fraktionsgenosse Frhr. v. Hertling einen ganz entgegengesetzten Standpunkt. Ich bin sicher, Genosse Barvus wird, wenn im nächsten Winter unser Antrag zur Verhandlung kommt, die Freude erleben, daß das Zentrum nicht mißmacht, daß es mit faulen Ausreden wie bisher den Gang der sozialen Gesetzgebung zu hemmen sucht. Von anderer Seite ist die Tätigkeit der Reichstagsfraktion nicht angegriffen worden. Das zeigt, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Die bürgerliche Gesellschaft stellt sich in immer größerem Gegensatz zu den Wünschen der Arbeiterklasse. Die Militäraufgaben wachsen immer weiter, die Kolonialpolitik verschlingt immer größere Summen. Sie wissen, in welche abenteuerliche Weltpolitik wir gestürzt worden sind, weil der Kapitalismus nach Expansion schreit und die Waaren, die er nicht im Inlande absetzen kann, weil er die Arbeiter darben läßt, im Auslande absetzen will. Die Chinapolitik bringt uns ein Defizit von hundert Millionen. Wir haben weiter die Wachsenchaften des 12 000 Mark-Grafen bloßgelegt. Den Arbeitern giebt man noch immer nicht die neue Krankenversicherung. Das Zentrum hindert und hemmt alle Sozialpolitik. Es ist jetzt viel von Privatwohltätigkeit der Fabrikherren die Rede. Aber wie steht es mit diesen Pensionskassen. Krupp hat eine große Pensionskasse eingerichtet. Die Arbeiter müssen hinein steuern, sie gehen aber ihrer gezahlten Beiträge bei unwillkürlichem Austritt verlustig. Krupp entläßt jetzt jährlich 8000 Arbeiter, das macht für die Kasse 200 000 Mk. jährlich. Die Kasse nährt sich also von dem Gelde der Arbeiter. Die Fabrikpensionskassen haben die weitere Schattenseite, daß die Arbeiter sich alles gefallen lassen, um nicht der Beiträge verlustig zu gehen. Das ist eine schwere Anklage gegen die staatliche Pensionskasse, die Invalidenversicherung. Wenn diese ausreichte, würde man diese Fabrikpensionskassen nicht brauchen. Die Fraktion hat wie bisher gegen das Budget gestimmt, weil wir dadurch den grundsätzlichen Gegensatz der Arbeiterschaft gegen die Klassenherrschaft des Kapitalismus dokumentieren wollen. Nicht ist dieser Standpunkt, wie von uns im Reichstag, nicht überall in den Landtagen festgehalten worden. In den „Sozialistischen Monatsheften, die man ja besser Sozialistische Monatshefte nennen könnte, (Weiterkeit) hat Genosse Fendrich sich veranlaßt gefühlt, seine ganze Manierigkeit zu zeigen. Das A-B-C des politischen Lebens kennt er offenbar nicht. Er beurteilt das Budget nach dem Prozentgehalt von Gutem und Bösem, das in ihm enthalten. Das mag für Parteien, die auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse stehen, selbstverständlich sein, für unsere Partei paßt das nicht. Mit der Budgetbewilligung spricht man in jedem Falle dem herrschenden Regierungssystem ein Vertrauensvotum aus, Fendrich behauptet, wenn wir nicht für das Budget stimmten, hätte der ganze zweite Teil unseres Programms keinen Sinn. Er ist der Ansicht, die Regierung würde uns niemals irgend etwas von unsern praktischen Forderungen zugestehen, wenn wir ihr nicht das Budget bewilligen. Kennt er denn so wenig die Geschichte unserer Partei. Wohin es führt, wenn man vor der Regierung den Kotau macht, das haben wir ja zur Genüge an den bürgerlichen Parteien, vor allem an dem Zentrum beobachtet. Bezeichnend für die Kenntnis der Parteigeschichte, über die Fendrich verfügt, ist seine Behauptung, die schon wiederholt in den Monatsheften gestanden und verworren bei Leuten, die die Verhältnisse nicht genau kennen, angebracht hat, daß unsere Zustimmung zu dem Invalidenversicherungsgesetz eine Manierung der Partei bedente. Das ist ein Unfug. Wir haben bereits in den ersten Jahren unserer Tätigkeit im Reichstag für ein Gesetz über die Lohnbeschlagnahme gestimmt, weil es eben den Arbeitern verhältnismäßig mehr Vortheil als Schaden brachte. Fendrich meint, wir dürften nur dann das Budget nicht bewilligen, wenn Ausnahme Gesetze bestehen. Also nur, wenn man uns mit der Hundepetische kommt, sollen wir nicht bewilligen! Ich muß sagen, die badische Regierung hat da mehr den Charakter gezeigt, als der budgetbewilligenden Genosse. 1897 hat der Minister Eichenlohr gesagt, die Regierung bekämpfte die Sozialdemokratie prinzipiell. Unter dem frischen Eindruck dieser Erklärung unterblieb die Budgetbewilligung, aber schon 1898 bewilligten die Genossen und 1899 kommt der Genosse Fendrich und macht ein System aus der Sache, um

nicht die Politik der absoluten Negation zu treiben. Daß Ausnahmefälle vorkommen können, wo das Budget einmal bewilligt werden kann, geben wir zu. Solche Fälle hat auch Bebel seiner Resolution über die Budgetfrage berücksichtigt. In Hessen ist einmal solch ein Fall vorgekommen. Dort besteht nur für den Landtag das Einnahmewilligungsrecht und die Genossen haben einmal das Budget bewilligt, um ein schlechteres Budget zu verhindern. Wohin es führt, wenn man sich mit dem Kapitalismus abzufinden sucht, das zeigt doch der Orden, der unsern Willen nun doch schließlich an den Hals geflochten ist. (Sehr richtig!) Das zeigt uns die Entwicklung der englischen Fabier, die jetzt für den Imperialismus sind. Das ist die Politik des Transvaal-Krieges. Einmal wollte man Kanonen für Volksrechte eintauschen, jetzt sind es andere Dinge. Für das Linsengericht kleiner Reformen können wir nicht das Erstgeburtsrecht der Demokratie verkaufen. Ein charakteristischer Fall ist mir aus dem Bezirke mitgeteilt worden. Dort hat ein Reichstagsabgeordneter sich geweigert, am 18. März eine Rede zur Verherrlichung der 48er Revolution zu halten, weil ihm dadurch die Stimmen der indifferenten Bergleute leicht verloren gehen könnten. Das ist eine elende Mandatschacherei und die Prinzipien wirft man auf den Lumpenhäufen. Wir wollen die Wähler nicht einfangen, sondern mit offenem Visir kämpfen. Nicht wie ein Schmod oder Schreier wollen wir uns vor das Publikum stellen und sagen: Ich bin gar kein Böwe, fürchtet Euch nicht! Wir sind revolutionär, wie wir revolutionär waren und wir werden nicht mehr sein, wenn wir das nicht mehr sind. Wir protestieren uns nicht. In der Resolution Bebel über die Budgetfrage war auch von der Teilnahme an höfischen Deputationen die Rede. Bebel hat den Passus gestrichen, wohl weil er überflüssig und selbstverständlich ist. Was die Anträge zur parlamentarischen Tätigkeit anlangt, so sind sie gut gemeint, aber den meisten trägt die Fraktion bereits als selbstverständlich Rechnung. Der Antrag, der eine Aenderung der Militärstrafprozess-Ordnung anstrebt, trifft nicht den Kern der Sache. Das Grundübel an der Militärgerichtsbarkeit liegt in dem blinden Gehorsam, dem zurecht gebrüllten Unterordnungsgesühl des Untergebenen gegenüber dem Vorgesetzten. Das ist der Kernpunkt. Darauf haben wir unser Augenmerk zu richten. Ich schließe mit der Versicherung, daß wir auf der bisher beschrittenen Bahn weiterschreiten werden. Sie führt zum Siege. (Beifall).

Es wird die folgende Resolution Bebel zur Diskussion gestellt:

In der Erwägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaats tragen und der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung nicht einräumen, fordern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzuziehen sind,

spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.

Dazu liegt ein Amendement Baudert vor, die letzten Worte des vorletzten Absatzes, „insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen“, durch die Worte zu ersetzen: „und dies besonders bei Finanzgesetzen zu beobachten“.

Die Resolution Luxemburg, welche in allen Fällen die Budgetbewilligung verbietet, ist zurückgezogen worden.

Fendrich Karlsruhe: Auf die ausgiebigen Angriffe Wurms kann ich in 10 Minuten natürlich wenig erwidern. Der Beschluß der badischen Landtagsfraktion, das Budget in dem einen Falle zu bewilligen, wurde ohne Widerspruch gefaßt und meine Begründung dieses Beschlusses von meinen Fraktionsgenossen, die ich befragen konnte, gutgeheißen. Die Budgetbewilligung durch Sozialdemokraten ist doch auch nichts Neues. Liebnicht hat unter dem Sozialistengesetz in Sachsen für das Budget gestimmt. In Frankfurt wurde von den Süddeutschen die Frage als eine reine Zweckmäßigkeitfrage behandelt. In der damaligen Resolution Bebel wurde die Frage noch nicht als eine taktische, sondern als eine prinzipielle betrachtet. Die heute vorliegende Resolution Bebel's thut dies nicht mehr, deshalb können wir für sie stimmen, wenn das Amendement Baudert angenommen wird. Wie wenig wichtig die ganze Sache ist, sehen Sie daraus, daß die französischen und italienischen Genossen häufiger für das Budget gestimmt haben. Die Dänen haben niemals dagegen gestimmt. Auch Stadthagens Amendement in Frankfurt beweist den rein taktischen Charakter dieser Frage. Noch eine persönliche Bemerkung. In der „Neuen Zeit“ ist die vom Genossen Adler gutgeheißene Budgetbewilligung als eine Charakterfrage hingestellt worden. Ich bin allerdings der Ansicht, daß, wenn man in der Einzelberatung gezeigt hat, weß Geistes man ist, man Fonds genug haben muß, um sich nicht zu fürchten, schließlich eine Form zu umgehen.

Blas-Stuttgart: Ich gehe zwar nicht soweit, wie mein Vorredner, werde aber doch für die Resolution Bebel mit dem Amendement stimmen. Unsere Genossen haben sogar manchmal nicht gegen einzelne Ressorts, die wir sonst unter allen Umständen bekämpfen, gestimmt. 1870 haben Bebel und Liebnicht, als die Mittel zur Fortführung des Krieges gefordert wurden, sich der Abstimmung enthalten unter der Motivierung, daß sie zwar dem System Bismarck keine Mittel bewilligen könnten, aber auch in diesem Moment nicht gegen das Kriegsbudget stimmen könnten, weil das hieße, die frevelhafte Politik Napoleons unterstützen. Wir könnten auch in den Landtagen leicht dazu kommen, für das Eisenbahnbudget zu stimmen, wenn etwa ein Minister eine bedeutende Tarifreform bewilligt und diese nicht zu Stande käme, wenn wir dagegen stimmten. Aus purem Uebermuth

stimmt gewiß Niemand von uns für das Budget. (Sehr richtig!) Wir verlieren viel zu viel Zeit mit akademischen Erörterungen; mit dem steten Wachstum der Partei müssen wir uns auch den eigenartigen Verhältnissen in manchen Einzelländern anpassen. Wenn wir immer so viel spintistiren, so erinnert mich das an das Verhalten Miquels, als er einem Bettler ein Almosen verweigerte, „da er nicht die Krise aufhalten wollte.“ Ich meine, wir sind immer Hammer gewesen und sollten uns hüten, zum Ambos zu werden.

Bebel: Mir ist es unerfindlich, wie Blas sagen kann, es giebt bei uns Leute, die wünschen, die Partei möchte kleiner werden. Essentlich ist ein so absurder Gedanke nie ausgesprochen worden. Auch die Meinung theile ich nicht, daß wir zu viel theoretisiren. Die uns hier vorliegende Frage ist uns aufgezwungen worden, weil die badischen und andere Genossen sich verpflichtet fühlten, für das Budget zu stimmen. — Es ist falsch, daß meine Resolution die Frage der Budgetbewilligung für rein taktisch und gar nicht prinzipiell hält. Die beiden ersten Sätze sind rein prinzipiell. Es war eine Unverschämtheit sondergleichen, daß der „Badische Volksfreund“ schrieb: Bebel hat sich schon genügt gesehen, seine Resolution zurückzuziehen. Das ist mir nicht eingefallen. Ich habe mich lediglich mit Genossen aus Württemberg, Bayern, Hamburg über eine Fassung geeinigt, der alle zustimmen können. Ich kam zu der Ueberzeugung, daß es doch Ausnahmefälle geben könne und zwar mit Rücksicht auf zwei Fälle. Einmal ist auf Grund einer eigenthümlichen Budgettechnik in Hessen vorgekommen, daß ein für die Steuerzahler günstigeres Budget gefallen wäre, wenn unsere Genossen nicht dafür gestimmt hätten. Das ist die Abstimmung des kleineren Uebels. Der zweite Fall ist folgender: Im Gotthard Landtag haben unsere Genossen 9 Vertreter gegenüber 10 Gegnern. Wenn nun etwa die nächsten Wahlen das umgekehrte Verhältniß herbeiführen würden, so verlangen wir selbstverständlich von unseren Genossen, daß sie das Budget nach ihrer Auffassung formuliren, und daß sie dann dafür stimmen müssen, ist selbstverständlich. (Weiterkeit.) Unsere Genossen sind übrigens dort in der glücklichen Lage, daß die Zivilisten nicht im Budget enthalten ist. — Wenn wir wirklich einen deutschen Einheitsstaat hätten, wären solche Ausnahmen nicht nötig, aber wie die Dinge liegen, dürfen wir unsern Genossen nicht unter allen Umständen Knüppel zwischen die Beine werfen. Gerade unsere badischen Genossen aber hatten die ausschlaggebendsten Gründe gegen das Budget zu stimmen. Die badische Regierung bekämpft entschieden die Verbesserung des Wahlrechts, sie verbietet Gedächtnisfeiern zum 18. März, mir wurde eine Versammlung auf badischem Boden nicht nur untersagt, sondern bei aufgepfanztem Bajonett wurden die Kriegskriegartikel verlesen. (Hört! hört! Ruf: Damals!) Ja, aber der Geist ist derselbe geblieben. Fendrich schreibt in seiner Broschüre, schon auf Grund des Verfassungseides müßte man für das Budget stimmen. Da hört doch wirklich alles auf. (Sehr richtig!) Wir haben früher stets erklärt: Wir sind Republikaner und werden uns durch den Verfassungseid nicht als gebunden erachten. Die Reichsverfassung kennt keinen Verfassungseid und er wird heute niemals mehr gefordert, weil man keine Zwecklosigkeit eingesehen hat. Nicht einmal gegen das Kultusbudget haben die badischen Genossen den Muth gehabt zu stimmen, sondern sie haben sich der Stimme enthalten. (Hört! hört!) Die badische Regierung hat offiziell erklärt, für die Flottenvorlage und für die Umsturzvorlage gestimmt zu haben, und trotzdem bewilligen ihr Sozialdemokraten das Budget. Ueber die Stellung zur Landwirtschaft hat Fendrich etwas geschrieben, was ich für das Klüglichsche halte, das ich niemals von einem Parteigenossen gelesen habe. Er stimmt dann nachher dafür, daß 34 850 Mk. zur Organisation der Landwirtschaft bewilligt werden, jedenfalls damit die Agrarier für höhere Getreidezölle agitiren können. Fendrich sagt sogar: wer gegen das Budget stimmt, treibt Mananiamismus. (Hört! hört!) Ueber die einfachsten Forderungen der Partei setzen sich die badischen Genossen hinweg. Hat doch das offizielle Organ der badischen Partei verlangt, man solle die Stänkereien des Fr. Rosa Luxemburg von oben herunter verhindern. Das ist die Pressefreiheit in Baden! Sicher hat diese Forderung eine Dummheit genannt, ich sage, es war eine Perfidie, eine Gemeinheit. (Sehr richtig!) Ueberhaupt werden von den badischen Genossen die eigenthümlichsten Sprünge gemacht. Dem Karlsruher Oberbürgermeister Schnebler, einem Sozialistenpfeffer schlammiger Art, sollte das Gehalt bewilligt werden. Unsere badischen Genossen stimmten dafür! (Hört! hört!) Ja ein Sozialdemokrat stand unter dem Aufdruck der Theilnahme an einer Ehrung zum 25jährigen Jubiläum dieses Sozialistenbäckers! (Hört! hört!) Was sagt Fendrich: Wir müssen die Ideale in den Hintergrund stellen, (Hört, hört!) Nicht einmal das Wünschenswerthe, sondern das Mögliche erstreben. Das ist der Possibilismus in schlimmster Form. Ein Genosse Kolb hat gesagt, wir müßten in den nächsten zehn Jahren noch ganz anderen Programmballast über Bord werfen, z. B. das Wahlrecht für Frauen, die jetzige Minimalgrenze des Wahlrechtsalters für männliche Arbeiter. (Hört, hört!) Dieser „Genosse“ weiß jedenfalls nicht einmal, daß in Bayern bis heute das Landtagswahlrecht mit dem 21. Lebensjahre einsetzt, ebenso in Baden selbst für Gemeindevahlen. Da hört doch alles auf, wenn Parteigenossen sich solche Vöfen geben. Dann haben wir alle Ursache, sie zu zwingen, künftig den Weg zu wandeln, den wir zu gehen für notwendig halten. Besonders in einem Lande, wo Großherzog und Regierung sich stets in der schärfsten Weise gegen die Sozialdemokraten gewandt haben, war es einfache Pflichtenpflicht der Genossen, gegen das Budget zu stimmen. (Sehr richtig!) Man sagt, was soll denn da aus dem Staat werden? Zerbrecht Ihr Euch doch darüber nicht den Kopf, Ihr sechs, sieben Männlein. (Weiterkeit.) Da haben die Liberalen Badens in den vierziger Jahren sich viel männlicher gezeigt, ihre Thaten werden für alle Zeit ein



Ruhmesblatt in der Geschichte des Liberalismus bleiben. Jetzt ist leider es umgekehrt. In Baden kann es nicht rasch genug rückwärts gehen durch unsere Parteigenossen. Ich bitte Sie für meine Resolution zu stimmen, unter Ablehnung des Amendements Wandert, das allerdings nur ein Hintertürchen ist, um alles zu thun, was man will. Ich wundere mich, daß gerade Wandert diesen Antrag stellt. Wenn jemand, wie er, von seiner Regierung so viel Prügel bekommt und ihr dann noch das Budget bewilligt, so ist das eine Charaktereigenschaft, die ich einfach nicht verstehe. (Lebhafte Beifall.)

Wandert - Apolda: In früheren Jahren, wo ich allein im Landtag saß, habe ich gegen das Budget gestimmt. In diesem Jahre habe ich im Einverständnis mit meinem Kollegen für das Budget unter der bestimmten Voraussetzung der Annahme eines Antrages zu stimmen mich bereit erklärt. Ich fügte hinzu: Ohne damit der Regierung einen Vertrauensbeweis geben zu wollen. Der Antrag wurde nicht angenommen. Die Voraussetzung entfiel. Wir stimmten gegen das Budget und werden es künftig thun schon wegen der Resolutionen der Genossen durch unsere Regierung. Aber es giebt Fälle, in denen man das Budget bewilligen muß. Ich halte die Stellungnahme bei den einzelnen Positionen für viel wichtiger, als bei der Gesamtstimmung. Mein Antrag läßt etwas mehr Spielraum wie die Resolution Bebel, deshalb bitte ich Sie um seine Annahme.

Singer: Die Frage der Budgetbewilligung ist eine Frage des Vertrauens. Vertrauen aber haben wir zu keiner Regierung in Deutschland. Den ersten Sätzen der Resolution Bebel stimme ich zu, dem letzten Absatz nicht. Er öffnet allem Thür und Thor. Was sind zwingende Gründe, was besondere Gründe? Der Zusatz ist eine Gefahr für die klare prinzipielle Stellung, die wir einnehmen. Man warte ruhig solche besondere Fälle ab, aber man sehe sie nicht vorher. Ich beantrage den letzten Satz der Resolution Bebel zu streichen. (Auf: Schriftlich einreichen. Große Heiterkeit.)

Reil - Stuttgart: Die Frage des Budgets erscheint uns Württembergern sehr wichtig. Wir sind Baden benachbart, die Verhältnisse in beiden Ländern sind ähnlich. Sicher ist man bei uns nicht reaktionärer als in Baden. (Sehr richtig.) Wir wünschen eine Einheitslichkeit des Vorgehens und nicht, daß uns die Badenser Knäuel in den Weg werfen. Wir können der Regierung kein Vertrauen entgegenbringen. Es sind Klassenregierungen. Fendrich hat seinen Standpunkt in seinem Handbuch, dann noch ausführlicher in den „Sozialistischen Monatsheften“ dargelegt. Er lobt die badische Justiz. Erst kürzlich ist ein Urtheil in Baden gefällt worden, das den Stempel der Wahlpolitik und Klassenpolitik an der Stirn trägt. Genosse Opificius ist zu drei Monaten Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Verlust seines Landtagsmandats verurtheilt worden. Die gesellschaftliche Gleichberechtigung verpflichtet nicht zur Budgetbewilligung. Den Antrag Singer halte ich nicht für notwendig, die Resolution Bebel genügt. Das Amendement Wandert bitte ich abzulehnen.

Stolten - Hamburg: Ich halte nicht eo ipso die Budgetstimmung für eine Vertrauensfrage, aber die Ablehnung als das Normale. Ausnahmefälle giebt es: einer davon kann sich in nächster Zeit in Gotha ereignen. Für Gotha liegt aber kein solcher Fall vor. Die Genossen in Gotha können großen Einfluß auf das Budget ausüben, sie müssen dann dafür stimmen; denn Revolution können sie nicht machen, da ringsherum preussische Bajonette stehen. Die Resolution Bebel trifft das Richtige. Sind Ausnahmefälle in einer Frage vorhanden, so ist es wichtig, daß bei Festlegung der Frage diese Ausnahmefälle berücksichtigt werden. Ein Parteitagbeschluss soll und muß stets inne gehalten werden.

Ulrich - Offenbach: Ich trete für die Resolution Bebel ein und bin gegen den Antrag Singer aus den eben von Stolten dargelegten Gründen. Die Frage bleibt eine Frage der Taktik. Das Budget der Kleinstaaten ist ein Verwaltungsbudget, es ist kleiner als das der Stadt Berlin. Wenn Singer so radikal ist, sollte er sich einmal überlegen, was er in der Berliner Stadtverwaltung thut. Wir sind allzumal Sänder und die Berliner auch. Singer und auch Stamm bewilligen den Etat der Stadt Berlin. (Heiterkeit. Wurm: Wir haben nicht abgestimmt.) Ihr stimmt genau so ab wie wir. Macht nur keine Fiktionen, die keinen wir schon. (Große Heiterkeit. Auf: Gehalt des Großherzogs.) In Berlin ist das Gehalt des Polizeipräsidenten, das Gehalt der schönen Achtgroßenjungen zu bewilligen und die Gehälter werden bewilligt. Was einem Vertrauensvotum ist bei uns bei der Budgetstimmung keine Eigenart. Bei uns vollzieht sich aber die Budgetbewilligung ganz andersartig. Nachdem alle einzelnen Punkte des Etats durchgearbeitet und erledigt sind, wird rechnerisch das Fazit gezogen, indem man durch das Finanzgesetz festsetzt, wie hoch der Steuerfuß für die einzelnen Steuerarten sein soll. Das einzige Mal, wo wir in den nahezu 17 Jahren, die ich dem Landtage angehört, positiv zu entscheiden hatten, war, als die Regierung einen Kooperationsvorschlag, der höher war, als der Landtag für möglich hielt. Sonst haben wir der Verabschiedung des Finanzgesetzes keine Bedeutung beigegeben und keine Stellung dazu genommen. Es kann somit keine Rede davon sein, daß wir dadurch dem heutigen System ein Vertrauensvotum erteilt hätten. Die Frage der Jüdische muß auch von Fall zu Fall ins Auge gefaßt werden, da dieselbe beipielweise in Hessen durch ein Gesetz gewissermaßen gegen Errechnung früheren Privatvermögens des Großherzogs gemacht ist.

Seyer - Leipzig: Singer hat mit seinen Einwendungen gegen die Resolution Recht. Der Schlussatz öffnet den Badensern wieder eine Hintertür. Es ist richtig, daß Bebel nicht einmal mit den Abgeordneten Freitag für das Budget in Sachsischen Landtag gestimmt, aber seit 1881 haben wir stets gegen das Budget gestimmt. Die Spezialkapitel haben wir stets je nach ihrem Inhalt behandelt und doch in der Gesamtstimmung immer gegen das Budget gestimmt. Man hat gesagt, was soll in Gotha werden, wenn die Parteigenossen dort die Mehrheit haben. Ich meine, wenn das Budget dann in unserer Sitzung gefaßt ist, wird die Regierung es natürlich ablehnen und dann fällt auf sie die Verantwortung. Der Fall braucht uns keine Sorgen zu machen. Der Antrag Singer trifft den Nagel auf den Kopf.

Voß - Gotha: Die Frage ist vor eine taktische. Wir haben in Gotha, wenn wir die Mehrheit haben, das Budget nicht verweigern. Der Landtag würde aufgelöst werden und die Verweigerung gegen uns ausgenutzt werden. Die Frage wird zu sehr aufgeschoben. Selbst in der Bewegung stehende Genossen interessieren sich nicht dafür. Wir hätten schon diesmal den Etat zu Fall bringen können, weil auch ein Agrarier aus Böhme mit uns gestimmt hätte. Wir konnten es aber nicht ablehnen. Denn wir haben gar Manches erreicht, was wir damit in Frage gestellt hätten. Wir haben erreicht eine Entschädigung unschuldig Verhafteter, die Anstellung einer weiblichen Assistentin für die Fabrikinspektion, dann, daß die Löhne der Domänenarbeiter von 1,20 Mark auf 3 Mark erhöht worden sind. Es sind weiter 2000 Mk. für das Arbeitersekretariat bewilligt worden. Unser alter Genosse Bod ist Vizepräsident geworden und Mitglied des höchsten Verwaltungsgerichtshofes. Im Lande hat man sich über diese Errungenschaften gefreut. Man hätte eine Budgetverweigerung nicht verstanden, denn es handelt sich doch nicht um so zielbewusste Wähler wie in Berlin und Hamburg. Für die Verweigerung des Budgets in Baden und Weimar sind auch wir, aber wir sind in einer Zwangslage. Nehmen Sie die Resolution Bebel an, damit wir nicht jedes Jahr hier um Indemnität bitten brauchen. (Sehr richtig.)

Geck - Offenbach: Ich kann Bebel vollständig zustimmen, weil ich noch nie in die Lage gekommen bin, für das Budget zu stimmen. Ich bedaure, daß die Budgetbewilligung modern geworden ist und das ist geschehen zusammen mit dem Wobberwerden der Revisionsbestrebungen. Welche Nothwendigkeit lag denn für die badische Fraktion vor, anders zu handeln als früher. Die Bourgeoisie der badischen Kammer hat darüber keine Aufklärung erhalten. Die Erhöhung der Anpanne und die Thatache, daß Minister Eisenlohr noch wie früher am Ruder ist, wäre für mich Grund genug gewesen, gegen das Budget zu stimmen. Aber die Fraktion hat ja nicht einmal die Petitionen der Eisenbahnarbeiter der Regierung als Material sondern nur zur Kenntnismahme überwiesen. Wenn der Parteitag heute energisch Protest erhebt gegen diese Haltung der badischen Fraktion, werden sich die Genossen jedenfalls danach richten. Mein Hinweis in Mainz auf die badische Landtagswahl-taktik, der mir damals vorgeworfen wurde, war nur ein Hinweis darauf, daß etwas faul ist im Staate Dänemark, damit die Konjunktur Licht geben, was dort vorgeht. Sie haben heute gesehen, wie recht ich damals hatte.

Haverkamp - Bremerhaven: Man sollte es nicht für möglich halten, daß sich Parteigenossen nennende Personen es über sich gewinnen konnten, einer Regierung ein Vertrauensvotum auszustellen, die den Hunnenzug mitgemacht hat. Die Reichstagsfraktion bitte ich, bei der ersten besten Gelegenheit im Reichstag zu fragen, ob die astronomischen Instrumente aus Peking als Beute mitgebracht oder käuflich erworben worden sind. (Auf: Sie sind gepachtet worden. Heiterkeit.) Mir ist es nicht klar, wie man in einem Klassenstaat ein sozialistisches Budget erreichen kann, aber ich will für die Resolution Bebel stimmen.

Hörske - Hamburg: Die Sozialdemokratie hat in allen Körperschaften zu wachen, daß das sozialistische Prinzip nicht verlegt wird. Vertrauensvoten dürfen den Regierungen nicht gegeben werden.

Dr. David - Mainz: 1894 wollte Geck seine Budgetunschuld aufgeben, und hat auch für die Resolution Stadthagen gestimmt. Jetzt hat er die Alarmglocke auch erst nach Bebel geschwungen. Leider hat Geck ein Mandat für den Landtag nicht wieder angenommen. Es mußte ihm doch daran gelegen sein, auf die Opportunisten seinen Einfluß auszuüben. Die Frage ist eine taktische, darüber sind alle Landtags-Abgeordnete einig. Damit ist sie nicht weniger wichtig geworden. Das Mißtrauen kann man beim Gehalt des Staatsministers ausgesprechen. Die Budgetstimmung ist eine rein formale. Auch die Berliner Stadtvertreter müssen also eine Gesamtsumme wie wir auch bewilligen. Wollen Sie konsequent sein, so müssen sie auch dort das Budget verweigern. Das ist das Wichtigste an der heutigen Debatte, daß sie eine Entwicklung in der Frage zeigt. In Frankfurt ließ Bebel noch keine Ausnahmefälle zu und ich hoffe, auch Singer wird in einigen Jahren eine Entwicklung in dieser Frage anerkennen.

Frau Betkin - Stuttgart: Es ist ein ziemlich müßiger Wortstreit, ob es sich hier um ein Prinzip oder eine Taktik handle. Eine tiefe Kluft zwischen Prinzip und Taktik besteht für mich nicht. Unsere Grundsätze hängen doch nicht oben in den Wolken, die Taktik muß die möglichst zweckmäßige Anwendung unserer Prinzipien sein. Unsere Grundsätze zwingen uns, das Budget als ein Vertrauensvotum für die Regierung abzulehnen. Unser Ziel ist doch, das Klassenbewußtsein der Massen immer mehr zu wecken. Daher muß unsere Taktik dahin gehen, die Reibungsfläche zwischen Sozialdemokratie und dem kapitalistischen Staat zu vergrößern. Schon deshalb müssen wir in allen normalen Fällen das Budget ablehnen, ganz gleich, ob mehr oder weniger Kultur darin steckt. Die kapitalistische Kultur bedeutet für uns Unkultur, Fesselung und Knechtung der Massen. Ich bitte Sie dringend, die Resolution Bebel ohne das Amendement anzunehmen. Die Befürchtung Singers theils ich nicht. Ich glaube an die Loyalität der Genossen und fürchte nicht, daß einzelne derselben mit Spiegelfechtereien die Absicht der Resolution zu umgehen versuchen werden. (Lebhafte Beifall.)

Ehrhardt - Ludwigshafen: Ueber die scharfen Angriffe Wurms habe ich mich sehr gewundert. Er, und selbst unser radikalster Genosse Singer haben doch in der Gemeinde Berlin immer für das Budget gestimmt. (Widerpruch.) Haben sie etwa gegen die Bewilligung der Kosten für die Langschiefer in Berlin gestimmt. (Auf: Natürlich! Große Heiterkeit.) Ich werde für das Amendement Wandert und schließlich auch für die Resolution Bebel stimmen, um Schlimmeres zu vermeiden. Empört haben mich die Angriffe Gecks auf die Badenser Landtagsfraktion. Er selbst hat doch 4 Jahre lang mit den Genossen zusammen gearbeitet. Wer er denn ein Strohmännchen daß während seiner Thätigkeit solche Siegwallereien sich entwickeln konnten. Vor allem aber bedaure ich, daß Bebel hier vor dem Parteitag derartige Angriffe gegen alte verdiente Parteigenossen erheben hat. Er konnte ja die Verhältnisse in Baden so hätte seiner Zeit seinen Einfluß geltend machen sollen. Durch solche Ausführungen, wie er sie heute machte, compromittirt er nur die Partei. Ich protestire entschieden gegen diese Art und Weise, verdiente Genossen um ihr Ansehen zu bringen und damit die Partei zu schädigen.

Siebeneicher - Wehrbrunn: Im Auftrage meines

Mecklenburgerischen Wahlkreises habe ich einen Antrag zu begründen, der die Fraktion ersucht, in einem Initiativantrag folgende Forderungen aufzustellen:

1. Eine wirkliche Kranken-Versicherung.
2. Abschaffung der Gefindereordnungen.
3. Freies Koalitions- und Versammlungsrecht.
4. Festsetzung eines 10 stündigen Arbeitstages für alle landwirthschaftlichen Arbeiter.
5. Verbot der Kinderarbeit und der Frauenarbeit 6 Wochen vor und nach der Entbindung.
6. An Sonnabenden oder an Tagen vor einem Fest um 5 Uhr Feierabend für die auswärtigen Arbeitenden.

Die ländlichen Arbeiter in Mecklenburg entbehren thatsächlich der Wohlthat einer Krankenversicherung. Die Regelung der Krankenversicherung ist bekanntlich den Einzelregierungen überlassen und diese Regelung ist bei uns in der Weise erfolgt, daß es bei dem bisherigen Zustand bleibt nach dem auf den Mitbürger im Krankheitsfalle der Gutsherr den Arbeitern Arzt und Apotheke liefert. Die Folge davon ist, daß erst dann der Arzt geholt wird, wenn der Gutsherr die Krankheit für vorliegend erachtet. Es ist vorgekommen, daß Arbeiter, die die Arbeit wegen Erkrankung niederlegten, später gerichtlich bestraft wurden, weil sie den Beweis der Erkrankung nicht erbringen konnten, und der Gutsherr einfach den Arzt nicht holen ließ. Das Verbot der Kinderarbeit ist deshalb durchaus nothwendig, weil die Kinder in der Erntezeit bei 13 stündiger Arbeitszeit durchschnittlich 32 bis 40 Pf. pro Tag verdienen, also stündlich kaum 3 Pfennig.

Die Debatte wird geschlossen. Fendrich (persönlich): Bebel hat sich durch sein Temperament hinreißen lassen. Ich habe nie gesagt, die Budgetverweigerung trieben Blanquismus. Ich habe auch nicht gesagt im badischen Landtage, daß man die Ideale zurückstellen müsse. Bebel hat diese Aeußerung auf Grund eines unrichtigen Berichts gethan. Ich habe mit Vorbedacht davon gesprochen, daß die Budgetbewilligung einstimmig beschlossen worden ist, ich habe nicht gesagt, daß alle Fraktionsgenossen für das Budget gestimmt haben. Aber in der Fraktionsitzung, wo der Beschluss gefaßt worden war, war Adolf Geck anwesend und hat nicht widersprochen. (Hört, hört!)

Adolf Geck - Offenbach (persönlich) bestreitet, daß er in der betreffenden Fraktionsitzung anwesend war. Er sei damals zehn Wochen im Schwarzwalde gewesen. Dem Genossen David erwidere er, er habe das Landtagsmandat abgelehnt, aber er hätte es angenommen, wenn seine Wähler damit einverstanden gewesen wären, daß er das Budget verweigern dürfe, nicht in Badenstrümpfen zu Hofe gehen und auch kein Präsidialamt übernehmen brauche.

Bebel - Berlin: Fendrich bestreitet, daß er die Nichtbewilligung des Budgets für ein blanquistisches Vorgehen erklärt hat. Bebel verliest eine Stelle, in der dieser Vorwurf erhoben wird. Ehrhardt gegenüber bemerkte ich, daß Niemand sich so viel an Geck persönlich und schriftlich gewandt hat, wie ich.

Fendrich (persönlich): Es steht hier die Behauptung Dreesbachs der Behauptung Adolf Gecks gegenüber. Ich werde dafür sorgen, daß die Sache völlig klar gestellt wird, ob Geck in der Sitzung war.

Wurm hält das Schlusswort. Die Thätigkeit der Fraktion ist nicht angegriffen worden. Die Wünsche Siebeneichers, des ersten Landarbeiters auf dem Parteitag, werden berücksichtigt werden. Es ist ein Irrthum daß wir in Berlin das Budget bewilligen. Es ist auch ein großer Unterschied dabei. Eine Stadt ist eine reine Verwaltungsorganisation, ein Staat ist eine autonome Organisation, eine Herrschaftsorganisation. Ehrhardt ist schon durch einen Zwischenruf belehrt worden, daß wir nicht für die Ausschmückung der Stadt beim Einzug des Kaisers von Oesterreich gestimmt haben. Singer hat bei der Gelegenheit eine sehr schöne Oppositionsrede gehalten. Die Resolution Bebel ist die einzig richtige. Die Singersche Fassung ist nur anscheinend radikaler als die Bebel'sche. Denn sie läßt den letzten Satz fort und da heißt es denn, „das Budget ist normaler Weise zu verweigern“. Wenn es aber nicht normal ist, dann stimmt man eben dafür. Ich bitte sie also der Resolution Bebel zuzustimmen. (Beifall.)

Das Wort zu einer Erklärung erhält

Müller - Hamburg: Im Auftrage der Organisation der Seeleute habe ich gegen die vollständig unbegründeten Angriffe der Rheder und der in Betracht kommenden profitirten Presse gegen unsere Reichstagsfraktion Protest zu erheben. Die Rheder verbreiten, daß die Fraktion zu weit gehende Anträge zur Seemannsordnung einbringe, und nach deren selbstverständlichen Ablehnung mit dieser Ablehnung hauffiren gehe. Das ist eine ganz unbegründete Unterstellung. Ich ersuche auch die Vertreter der bürgerlichen Presse, von diesem Protest der Seeleute Kenntniß zu nehmen.

In der Abstimmung wird hierauf unter Ablehnung der Anträge Singer und Wandert die Resolution Bebel angenommen.

Die Verhandlungen werden auf Sonnabend 9 Uhr vertagt.

## Politische Mundschau.

### Deutschland.

Der Marine-Stat für 1902 wird außer den Forderungen für Schiffsbauarbeiten auch zwei Titel für Ersatzbauten enthalten, nämlich jene für je einen großen und einen kleinen Kreuzer; diese Forderungen werden sich auch im Etatsjahre 1903 wiederholen. Ferner wird der neue Marine-Stat eine Forderung für das im Dezember vorigen Jahres bei Malaga gesunkene Schulschiff „Gneisenau“ enthalten, wenn diese auch nicht zum Bau eines noch auf Stapel zu legenden Schiffes benutzt werden soll, sondern zum Umbau bereits vorhandener älterer Kreuzer für Schulschiffszwecke. Die „Germania“ versichert, daß der Reichstag diese Forderungen sehr gründlich auf ihre Dringlichkeit prüfen werde, da die Finanzlage des Reiches die äußerste Sparsamkeit erfordere. Als ob ein solches Sperren nach Annahme des Flottengesetzes noch großen Erfolg haben würde. Obendrein pflegt für das Zentrum das gründliche Prüfen nur den schlichsten Vorwand zum Sasagen abzugeben.

Wieder ein neues Gewehr. Ein neues Gewehrmodell hat nach der „Voss. Zig.“ ein Beamter der 13 a 19-



lichen Gewehrfabrik von Spandau der Militärverwaltung vorgelegt. Die von ihm erfundene Waffe ermöglicht das Abfeuern von zehn Patronen hintereinander; das Laden geschieht auf automatischem Wege. Wie üblich werden auch diese Modelle auf Kriegsbrauchbarkeit geprüft, ohne daß daraus auf die Absicht ein neues Infanteriegewehr einzuführen, geschlossen werden dürfte."

**Der langjährige freikonservative Reichstags-Abgeordnete Graf Arnim-Muskau** beabsichtigt, sich von der politischen Thätigkeit zurückzuziehen und bei den nächsten Reichstagswahlen nicht mehr zu kandidieren. An seiner Stelle soll, wie man dem Blatt schreibt, der Landeshauptmann der Oberlausitz, von Wiedebach-Rostk, als Kandidat in Aussicht genommen sein. Graf Arnim vertritt den 10. schlesischen Wahlkreis Rothenburg i. O.-L.-Hoyerswerda. Es wurden für ihn abgegeben 8202 Stimmen; außerdem erhielten Hollstein (F.P.) 3661, Keller (S.D.) 1613 und Dr. Porzsch (S.) 491 Stimmen.

Bei der Landtagswahl in Neuj. L. wurden im ersten Wahlgang die Genossen Vetterlein und Leben gewählt. Weitere drei Genossen, nämlich Fiedler, Dätiger und Paker, sind in aussichtsvoller Stichwahl. Hoch erfreulich ist der große Stimmengewinn. Bisher hatte der Landtag drei sozialdemokratische Mitglieder.

**Der Ablösungswahn des Sonnenpastors.** Pastor Naumann ist angesichts des bevorstehenden nationalsozialen "Vertretertags" wieder einmal am "Ablösen." Erst wollte er die Sozialdemokratie ablösen, und auf dieses Ablösungswerk verwendete er mehrere Jahre. Nachdem die Ablösung der Sozialdemokratie sich aber nur auf dem geduldbigen Papier der "Hilfe" und der nationalsozialen Parteitage - Protokolle vollziehen lassen wollte, macht sich Herr Naumann jetzt an die Ablösung der anderen Parteien. Die Erbschleichergelüste auf die Sozialdemokratie sind zwar noch nicht völlig aufgegeben, aber die bewiesene Fähigkeit derselben hat ihm doch die Nothwendigkeit bewiesen, die parteipolitische Existenz der Nationalsozialen erst einmal durch Ablösung anderer Parteien zu fristen zu suchen. So legt denn heuer der Führer des nationalsozialen Konventikels dem Vertretertag Beiträge über den "Niedergang des Liberalismus in Deutschland" vor, in denen er die verschiedenen liberalen Parteien als die Todeskandidaten und Erblaffer der nationalsozialen Zukunfts-Sammelpartei bezeichnet. Wie der Förster die kranken Stämme zum Fällen zeichnet, so zeichnet auch der Pastor Naumann die Parteien, deren morsches Gebäu die Nationalsozialen niederreißen werden, um die große national-liberale-soziale Einheitspartei zusammenzuzimmern.

So stellt denn Herr Naumann folgende Behauptungen auf:  
 1. Der sozialpolitische, handelspolitische und staatspolitische Fortschritt des deutschen Volkes wird gegenwärtig durch die starke politische Organisation der Agrarier aufgehalten, die es verstanden hat, außer den Konservativen auch die Mehrzahl der Nationalliberalen und des Zentrums in Abhängigkeit zu bringen. Gegenüber dieser agrarischen Organisation ist eine industriell-politische Organisation der gesamten Nation noch notwendig, aber durch den Radikalismus der Sozialdemokratie und den Niedergang des bürgerlichen Liberalismus bis jetzt verhindert worden.  
 2. Der Niedergang des bürgerlichen Liberalismus zeigt sich

darin, daß er Arbeiter, Großindustrielle und Bauern verloren hat; und zwar beruht dies in folgenden Ursachen:

- a) im Mangel eines einheitlich gedachten Wirtschaftsprogramms,
  - b) in der Unfähigkeit, die soziale und politische Bedeutung der Arbeiterklasse anzuerkennen,
  - c) in der Ungenügsamkeit liberaler Bauernprogramme,
  - d) im Mangel an Verständnis für den Machtkampf der Völker und Staaten.
3. Eine Neubildung des Liberalismus in Deutschland kann nur erfolgen, wenn von den bürgerlich-liberalen Elementen die politische Bewegung der Lohnarbeiter als zukünftige Grundlage der liberalen politischen Organisation anerkannt und die Machtpolitik des Reiches als Bestandteil liberaler Gesamtpolitik begriffen wird. Beides ist nur möglich auf Grund einer volkswirtschaftlich-industriellen, antiagrarischen Gesamtauffassung.
4. Der Herbeiführung dieses Zieles dienen innerhalb der Sozialdemokratie die Bernsteinianer, außerhalb derselben die Nationalsozialen, die führenden Kräfte der freisinnigen Vereinigung und gewisse Unterströmungen in den beiden Volksparteien. Diesem Ziele steht sich am meisten entgegen der marxistische Radikalismus in der Sozialdemokratie, der bürgerlich-liberale Doktrinarismus Eugen Richters und die übermächtigen agrarischen Einflüsse bei den Nationalliberalen.
5. Wir Nationalsozialen haben nach Maßgabe unserer Kräfte die Aufgabe, innerhalb der liberalen Gesamtbewegung die Idee der einheitlichen Organisation von proletarischen und bürgerlichen Elementen zu stärken, und müssen diejenigen Theile des Liberalismus und der Sozialdemokratie bekämpfen, die dieser Idee entgegenstehen.

Die Nationalsozialen können sich also, meint der "Vorwärts" dazu, wieder in kühnen Welteroberungsplänen betheiligen und von den verwegensten Parteikreuzungsprodukten träumen. Der ideale Bastard wird freilich so wenig durch die Naumannsche Phantasiezeugung das Licht der Welt erblicken, als der imperialistische Sozialismus, für den Naumann geschwärmt hat. Herr Theodor Barth würde sich auch schwerlich mit Herrn Naumann in Intimitäten einlassen, wenn er etwas für die Unberührtheit seines wadelstrümpferischen Freisinn befürchten zu müssen glaubte. Während Herr Naumann den Freisinn des Herrn Barth mit sozialem Del zu salben und schließlich abzulösen trachtet, läßt ihn Herr Barth gemüthlich gewähren, in der nicht ganz unbegründeten Hoffnung, daß Herr Naumann und seine Handvoll Getreuen schließlich noch einmal froh sein müssen, in der freisinnigen Vereinigung eine friedliche Zufluchtsstätte zu finden.

**Die Typhuserkrankungen bei den Chinatruppen.** Das Kriegsministerium theilt mit: Da bei dem auf dem Dampfer "Batavia" heimgekehrten Transport ostasiatischer Truppen einzelne Typhusfälle vorgekommen sind und auch der Transport auf Dampfer "Nedra" nicht gänzlich frei von solchen ist, sollen diese Transporte von den später eintreffenden getrennt gehalten werden. Von den letzteren werden daher die Transporte auf den Dampfern "Alfisa", "Silvia", "König Albert", "Nisa" und "Tufuman" auf dem Truppenübungsplatz Lockstedt in Holstein, das über Wien zurückkehrende Bataillon Förster auf dem Übungsplatz Lamsdorf in Schlesien aufgelöst werden. Für die Ende Oktober zu erwartenden Transporte auf den Dampfern "Bahia", "Wittkind" und "Krefeld"

sehen die Aufstellungsorte noch nicht fest. Eine Begründung der aus Ostasien heimgekehrten Truppen durch ihre Angehörigen ist jedoch auch auf den neubestimmten Plätzen ebenso wenig zulässig wie in Bremerhaven und Munkst. — Diese Vorsicht ist unter den einmal vorliegenden betrübenden Umständen sehr am Platze; zu bedauern ist nur, daß sie überhaupt beobachtet werden muß.

**Dänemark.**  
**Minister und Sozialdemokrat.** Auf der Generalversammlung der "Häuser-Kreditvereinigung" Dänemarks wurde der Kultusminister J. E. Christensen zum ersten Vorsitzenden einstimmig wiedergewählt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde der Sozialdemokrat Weber M. A. Madsen wiedergewählt. Sozialdemokrat und Minister sind also hier nun gemeinsam an der Leitung einer großen sozialen Institution betheiligt, deren Aufgabe es ist, denjenigen Landbewohnern in bedrängter Lage Hilfe zu leisten, deren Grundbesitz nicht zur Erhaltung ihrer Familie ansreicht, und die deshalb gezwungen sind, theilweise als Lohnarbeiter in Landwirtschaft oder Industrie ihren Lebensunterhalt zu suchen.

**England.**  
**Angst vor dem Sozialismus.** In der irischen Grafschaft Cork hat der Sozialismus in der letzten Zeit ganz ungewöhnlich große Fortschritte gemacht, so daß Dr. O'Callaghan, der Bischof der Diözese Cork, an die Geistlichkeit seines Sprengels ein warnendes und mahnendes Schreiben richtete. Vergebliche Mühe. Gegen den Sozialismus hilft kein Bannstrahl.

**Italien.**  
**Ueber die Pest in Neapel** wird weiter gemeldet, daß von den 12 an der Pest erkrankten Personen bereits sechs verstorben sind, fünf Todesfälle werden von der Regierung bestätigt. Glücklicher Weise hat die Untersuchung keine neue Ansteckung unter den Isolirten ergeben. Die Untersuchung der Leber und der Milz des zuletzt Verstorbenen ergab das Vorhandensein von Pestbazillen; merkwürdiger Weise fehlten die Erscheinungen der sogenannten Pestbubonen. Die Krankheit hat also eine veränderte Form angenommen. Im Lazareth zu Nisida, in das alle Aerzte entsandt wurden, die im Auftrage der Regierung die Pest in Hongkong und Indien studirt haben, wurde inzwischen ein bakteriologisches Laboratorium eingerichtet. Die Kranken wurden im dritten Stock, deren Familien im zweiten Stock des völlig isolirten Hauses untergebracht. Die Aerzte werfen den Abothekern die Recepte aus den Fenstern zu und diese werden erst nach völliger Desinfektion geöffnet. Alle Lebensmittel für das Pestlazareth werden vor den Thoren niedergelegt. Die Sträflinge im Bagno von Nisida haben in vergangener Nacht den Bau einer Mauer begonnen, die den Zugang zur Insel von dem zum Lazareth trennt. Eine Kompanie Soldaten übt den Spezial-Überwachungsdienst und zwei Regierungskutter sind für den Dienst bestimmt. Die Desinfektion der Abflussskanäle im Freihafen ist besonders wichtig, weil dieselben weder mit dem Meere noch mit der Kanalisation in Verbindung stehen. Die Regierung ordnete eine sieben-tägige Quarantäne für sämtliche Häfen des Reiches an.

**Fahrräder-Reparatur-Werkstatt**  
**Fr. Busse, Lübeck**  
 Königstrasse 93.  
 Neuen, gebrauchte Räder, sowie sämmtliches Zubehör: Glocken, Laternen, Mäntel, Schläuche u. s. w. werden billig abgegeben.

**Sämmtliche Artikel zum Reinmachen**  
 sowie schnelltrocknendes  
**Fußboden-Glanz-Öl**  
 empfiehlt  
**Otto Fehlauer**  
 Hackenburger Allee 32.

  
 Täglich frisch geräucherter  
**Ostseesprotten, Bücklinge, Aale, Makrelen, prima Flundern u. Lachs**  
 empfiehlt  
**J. C. H. Boy**  
 Mauw 84. Bekkergrube 3. Wahnstr. 16.

**Frau Hüsmert, Mengstr. 22, 1. St.**  
 Guter kräft. Mittagstisch von 11-2 Uhr.  
 Abendessen (30 Pfg.) von 6-9 Uhr.  
**Frau Helene Rieck, Mengstr. 24.**  
 Guter kräftiger Mittagstisch und Abendessen zu jeder Tageszeit, 30 Pfg. und 40 Pfg.

**Speise-Hallen „Gansa“**  
 Fischstr. 21. Sonn- u. Wochentags geöffnet. Fischstr. 21.  
 Grosse bequeme Speisesäle. Parterre und 1. Etage.  
 Täglich großer bürgerlicher Mittagstisch von 11 1/2-2 1/2 Uhr, à Person 40 und 50 Pfg.  
 Abendstisch von 8 Uhr an, à Person 40 und 30 Pfg.  
 Kalte u. warme Speisen den ganzen Tag. Warmes Frühstück von 8 Uhr an.  
 Ausschank ff. Tafel- und Lagerbiere, Caffee, Thee, Cacao, Soufflon u. s. w.

Complete neue Ausstencern mit Rücken- und Kleiderschränke nur 140 Mark.  
 Plüschgarnituren in 6 Farben m. Muschelauflagen aus guten Materialien ganz neu und stark gearbeitet, nur 85 Mark.  
 Salon-Sofatische, Antoinete 20 Mk.  
 Vertikowas, echt nupf. Sonn. 40  
 Spiegelschränke mit Weilerip. v 25 Mk. an  
 Muschelbettstellen m. Sprungfederum. 38 Mk.  
 Kleiderschränke, Vasenaufsatz 20  
 Kommoden mit Confol. u. Bilast. 18  
 Weissstellen, 1sch. 12 Mk., 2sch. 14 Mk.  
 und alle anderen Sorten Möbel billigst in Koch's Möbelhaus, Marlesgrube 45.  
 NB. Ich bitte u. eine im vorigen Jahre neu u. umgebauten 5 großen Möbelsäle mit der enormen Auswahl zu besichtigen und Waare und Preise zu vergleichen, besonders aber auch mit den sogenannten Konkurs- und anderen Ausverkäufen.

**R. Schmidt's**  
 neueste  
**Schnell-Befehl-Anstalt**  
 Sadowastrasse 10.  
 Herrensohlen 1,50 Mk., Abs. 50-60 Pf.  
 Damensohlen 1 Mk., Abs. 40-50 Pf.  
 Kindersohlen v. 55 Pf. an, Abs. v. 35 Pf. an  
 fest und dauerhaft wie bisher.

**Durch Zufall**  
 einen großen Posten  
**Gardinenkasten**  
 von 50 Pfg. an.  
**H. Gröper**  
 Mengstraße 18  
 Kupferstrichstraße 11.

**Jetzt**  
 starke Zwirnsocken . . . . . 1,50  
 blaue Hosen 98 Pfg. bis 4,90 Mk.  
 Federhosen . . . . . 1,68 bis 7,35 Mk.  
 Mauerhosen . . . . . 2,45 bis 4,75 Mk.  
 Sudek-Hosen 2,80 bis 13,75 Mk.  
 Herren- und Frauen-Anzüge in Cheviot, Sudek, Sammgarn etc. jetzt bedeutend unter Preis.  
 Lübeck **Otto Albers** Kahlm. Markt 4 10.  
 Saarverkauf.

**Große Auswahl**  
 in  
 Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren  
 dauerhaft gearbeitet, billig  
**Paul Rehder's**  
 Möbel-Magazin  
 Hundestrasse No. 13.

**Alten Tisch. Bruchkäse**  
 Pfund 30 Pfg.  
 empfiehlt  
**Butter-Handlung zur Krone.**  
**Allerfeinste Margarine**  
 Pfund nur 60 und 70 Pfg.  
 empfiehlt  
**Butter-Handlung zur Krone.**

  
**Mk. 3,15**  
**Hut-Bazar**  
 Einzigster dieser Art am Platze.  
 Grosse Sendung eingetroffen.  
 Hochlegante moderne Facons in jeder beliebigen Farbe  
 nur **Mk. 3,15.**

**H. Stoppelman**  
**Mk. 3,15-Hut-Bazar**  
 40 Hürstraße 40.  
 Empfehle:  
**Regenschirme**  
 (nur eigenes Fabrikat) zu den billigsten Preisen.  
 40 nur Hürstraße 40.

**Brautleuten**  
 empfehle mein großes Lager gut gearbeiteter  
**Wohnungs-Einrichtungen**  
 zu billigen Preisen.  
**Folckers' Möbel-Magazin**  
 25 Marlesgrube 25.

**Zum Umzugstermin**  
 empfehle:  
 Gardinenkasten u. -Stangen  
 sämmtliche Rouleaubeschläge  
 Fußmatten u. Bürstenwaaren  
 Waschtöpfe  
 Wasch- und Plättbretter  
 Plättisen aller Art  
**J. F. B. Grube**  
 Lübeck, am Markt.



# COLOSSEUM

Jeden Sonntag:  
Große freie Tanzmusik.  
Anfang 4 Uhr.  
W. Dassler.

# Friedrich-Franz-Halle

Jeden Sonntag:  
Tanzkränzchen.  
L. Lübke.

# Louisenlust.

Morgen Sonntag:  
Große Tanz-Musik.  
W. Glöe.



Fernsprecher 693  
Contor: Arminstr. 29/31.

# Gesellschaftshaus Adlershof.

Morgen Sonntag:  
Tanzkränzchen.

# Concerthaus Flora

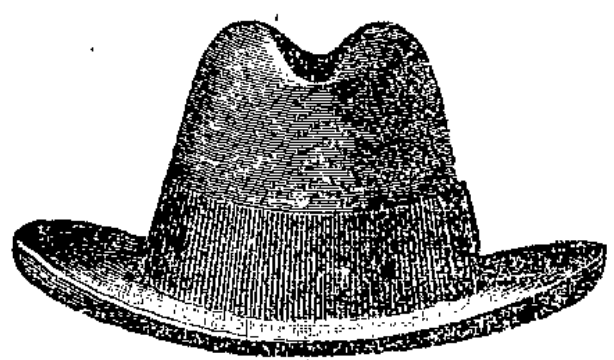
Morgen Sonntag:  
Tanzkränzchen.  
Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.  
Max Siems.

# Neu-Lauerhof.

Heute Sonntag:  
Gr. Tanzkränzchen.  
Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.  
Aufsicht von H. Adlershof.

# Wakenitz-Bellevue.

Jeden Sonntag:  
Tanz-Kränzchen.  
H. Fährbör.



E. Kirsekorn, Sandstr. 20  
empfiehlt sein Lager von  
Hüten und Mützen  
sowie Cylinder-Hüten.  
Größte Auswahl \* Billigste Preise.

# Die Schuhwaaren-Reparatur-Werkstatt Lubeca

Warendorpstrasse No. 6  
bringt sich in empfehlende Erinnerung.  
Preise wie bekannt.

Inh.: Johs. Prüssmann  
früherer Werkführer im Hauptgeschäft der Lübecker St. Lorenz-Gesellschaft.

# Sanitäts-Verband der freien Hilfskassen Lübecks.

Einladung zum  
**Verbands-Feste**  
bestehend aus Concert und Ball, verbunden mit Tombola  
am Sonntag den 3. November 1901  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.  
Anfang 5 Uhr. Eintritt 50 Pfg. Ende 2 Uhr.  
Karten und Tombola-Losje sind bei den Kassenvorständen und Boten, sowie im Verbands-Bureau, Johannisstraße 46, zu haben.  
Das Fest-Comitee.

# Deutscher Schneider-Verband. (Filiale Lübeck.)

12. Stiftungsfest nebst Ball  
am Sonntag den 6. October  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.  
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Entree für Herren 60 Pfg., Damen frei.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
Das Comitee.

# Einladung zum Ball der Holzarbeiter (Zahlstelle Lübeck)

am Montag den 14. October 1901  
im Vereinshaus, Johannisstrasse No. 50/52.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.  
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe frei.  
Es ladet freundlichst ein  
Das Comitee.

**Ausspielen**  
von fetten Gänsen, Enten, Karpfen u. Rauchfleisch auf einem Ziehbillard  
am Dienstag den 1. October 1901.  
Anfang Morgens 10 Uhr. Eintrag 50 Pfg. Hierzu ladet ergebnis ein  
Fischergrube 67. Hans Kiene.

# WALL-HALLE.

Heute Sonntag:  
**Grosser Ball.**  
Anfang 4 Uhr. Entree frei. Christian Jess.

Jeden Sonntag:  
**Central-Hallen Gr. Tanz** in beiden Sälen.  
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.

**Fahrräder**  
und  
Reparaturen aller Systeme.  
Sämtliche Ersatzteile stets auf Lager.  
H. Benthien, Mechaniker,  
Fackelburger Allee 53.

Uhren reinigen 1,50 Mk.  
Federn einsehen 1,00 "  
1 Jahr Garantie  
Uhrgläser, 1. Qualität  
30 Pfg.  
Max Sawartz, Uhrmacher u. Optiker  
Huxstrasse 16.

# Einsegel.

Morgen Sonntag:  
Grosse Tanzmusik  
Anfang 4 Uhr.  
Die neuen Tänze:  
„Im dunkeln ist gut munter.“  
„Der fidele Schumann“  
Chr. Koch.

# Elysium.

Am Sonntag den 29. September:  
Abschieds-Ball.  
Ende 2 Uhr. H. Havemann.

# Brauerei Jadenburg.

Sonntag den 29. September  
Grosses Concert.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pfa.

„Stadt Schleswig“  
14 Hundestrasse 14  
Ausspielen  
von fetten Gänsen, Karpfen  
und Rauchfleisch  
auf einem Ziehbillard  
am Montag den 30. Septbr. 1901  
Anfang Morgens 10 Uhr. Eintrag 50 Pfg.  
Wozu ergebnis einlobet  
J. C. B. Schmehl.

# Einladung zum Ball

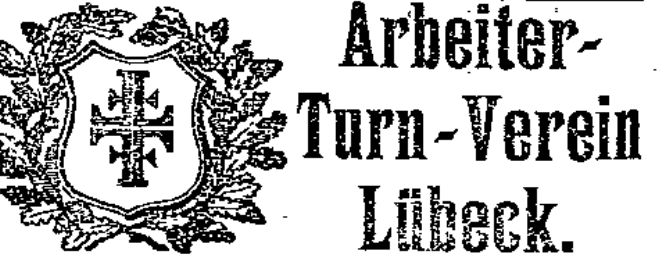
der  
Geniner freiwilligen Feuerweh  
am Sonntag den 29. September 1901  
im Lokale des Herrn Rehbein,  
Genin.  
Preis 50 Pfg., an der Kasse 1 Mt.  
Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.

# „Stadt Schleswig“

Sonnabend den 28. Septbr.:  
Gr. Concert  
ausgef. vom Musiker-Fachverein  
Anfang 8 Uhr abends.  
Ausschank von H. Hausfabier.  
H. Eisbein.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
J. C. B. Schmehl.

# Vereinshaus.

Sonntag den 29. September  
in den Gaststuben:  
Unterhaltungs-Musik.  
Kalte u. warme Speisen  
zu jeder Tageszeit.  
H. Eisbein mit Sauerkohl.



# 8. Stiftungsfest

verbunden mit  
Schauturnen und Ball  
am Sonntag den 29. September  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50  
Eintritt 50 Pfg., Damen frei.  
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
Das Comitee.

**Quisfahrt**  
per Dampfer „Pölsing“ am Sonntag den 29. d.  
nach Travemünde und zurück. Ab Travemündepavillon  
2 Uhr Nachm. Strassfähre und Schutrup anlauf.  
Rückf. 6 1/2 Uhr Nachs. In See 4 1/2 Uhr Nachm.  
Jahrespreis einfach 50 Pfg. Rückfahrt 70 Pfg. In  
See 40 Pfg. Kinder d. Hälfte. Am Montag der  
30. d. bei günstiger Witterung nach Verkehrt  
u. zurück. Söbthienstraße anlaufend. Ab Burg-  
thorreppe 1 Uhr Nachm. Jahrespreis einf. 70 Pfg.  
Rückfahrt 1 Mt., Kinder d. Hälfte.



## Kolonialer Hunger.

Die „Kölnische Zeitung“, der man einen fein entwickelten Sinn für Alles, was mit dem Proffit des Großkapitals zusammenhängt, nicht abprechen kann, leitartikelte dieser Tage:

„Die chinesischen Wirren haben die Aufmerksamkeit von den deutschen Schutzgebieten eine geraume Zeit lang abgelenkt, und die heißen Schlachten, die der Zolltarif voraussehen läßt, werden leider in der nächsten Tagung das Interesse an unseren überseeischen Besitzungen abermals in den Hintergrund drängen. Allein es ist eines großen Landes und eines gebildeten Volkes nicht würdig, seine Aufmerksamkeit längere Zeit nur auf einen Punkt zu richten, wie wichtig er auch sein mag, und was in dieser Hinsicht für die Politik zutrifft, gilt auch für die Geschäftswelt. Vor einigen Jahren hieß es, die Bedürfnisse der heimischen Industrie gestatteten der Bankwelt nicht, auch die kolonialen Unternehmungen so zu fördern, wie sie es verdienten. Weitläufige Geschäftskreise sahen den Rückschlag, den wir jetzt erleben, voraus und glaubten, die Zeit sei nicht mehr fern, wo das Kapital im Inlande weniger begehrt und für unsere überseeischen Besitzungen frei werden würde. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen, und das weitere Gedeihen unserer Kolonien hängt mehr von unserem Unternehmungsglück als von dem Eingreifen des Reiches ab. Letzteres darf indes noch lange Zeit nicht anführen. Wie hoch auch die notwendiger Weise zu erhebenden Zuschüsse für einzelne Schutzgebiete scheinen mögen, in einer Zeit, wo die Reichskassen ein weniger günstiges Bild bieten als dasjenige, an das wir uns in den letzten Jahren gewöhnt hatten, die einmal übernommenen Verpflichtungen müssen eingehalten werden, ob ein sofortiger Gewinn zu erwarten ist oder nicht.“

Die Moral dieser schönen Geschichte ist die: Der Kladderadatsch ist da, die fetten Jahre sind vorüber, die Profite bleiben aus, deshalb muß jetzt mit aller Gewalt ein neues Feld geschaffen werden, auf dem die Kunden des Börsenblattes gehörig Ernte halten können; ein solches Feld sind die Sumpflöcher und Sandbüchen in Afrika. Nun weiß aber die Welt schon längst, daß in diesen feinen Gegenden nicht viel zu holen ist, daß, nachdem der erste Rahm abgeschöpft ist, der Handel mit den Schutzgebieten stabil bleibt, daß von einer Entwicklung großen Stils nicht die Rede sein, daß nur die Ausgaben für den famosen Kolonialbesitz beständig steigen. Aber — wofür ist man kapitalistischer Macher? Es kommt eben darauf an, den Kolonialrummel zum Vorwande zu nehmen, um dem Großkapital Profite zuzuschlagen, auf Kosten des Volkes — natürlich! Der ganze Witz liegt in dem Satz: „Das Eingreifen des Staates darf noch lange Zeit nicht aufhören.“ Und dieser Satz wird alsbald erläutert durch einige Winke mit dem Hauptfahrl: Als dringend notwendig erweisen sich — Eisenbahnen. Ostafrika muß eine Zentralbahn haben, Westafrika die Doriobahn. „Wann erhält Kamerun eine Eisenbahn, wie jede englische und französische Kolonie in Westafrika?“ fragt der ungeduldige Artikelschreiber, und „in Togo wäre jeder Spatenstich eilig.“

Der Plan ist wunderschön: Das Reich muß mit aller Gewalt dazu, in Afrika Bahnen zu bauen; die Bankwelt ist jetzt, wo der Staatsanwalt sich so eifrig mit ihr zu beschäftigen hat, bereit, Geld in Hülle und Fülle herbeizuschaffen. Natürlich nicht auf eigenes Risiko — das Risiko liegt den Bankdirektoren noch schwer im Magen —, sondern unter Garantie des Reiches. Werden die Bahnen gebaut, dann wird wieder etwas Leben in die Hude kommen, dann wird die Börse mit afrikanischen Gründungen den kleinen Geldleuten die Goldfische, die ihnen nach den neuesten Krachen noch übrig blieben, aus der Tasche holen. Daneben werden natürlich die Grubenbarone und Schlotjunker ein kleines Geschäft machen bei Lieferung des Eisenbahnmateriale, und da der Staat gewöhnlich so schön sich über's Ohr hauen läßt (Beispiel: die Lieferung der Panzerplatten für unsere glorreiche Marine zum Preise von 200 pCt. über den realen Wert), so würde das einen hübschen Profit abwerfen. Auch die Herren Akteure mit Woermann an der Spitze, würden

bei dem Transport dieses Eisenbahnmateriale ganz gute Geschäfte machen. Schließlich würden auch ein paar hoffnungsvolle Sprößlinge aus den oberen Lehntausend im schwarzen Erdteil lukrative Posten erhalten.

Freilich hat die Sache ihre Falen: Die Bahnen werden sich in absehbarer Zeit ganz sicher nicht rentieren und in nebliger Zukunft — wahrscheinlich auch nicht. Aber deshalb wird ja auch an das Reich appelliert. Wäre der Reibach so einfach zu machen, so wären die Eisenbahnen längst von Privataten gebaut. Da aber dem nicht so ist, soll das Reich herantreten. Das heißt: Dem Volke müssen neue Lasten auferlegt werden, die Schulden müssen um hunderte von Millionen gesteigert werden, wofür die Steuerzahler die Zinsen bezahlen. Das ist der ganze Witz in diesem Falle, wie bei der ganzen Kolonialpolitik überhaupt. Es hat noch nie ein Staat Kolonialpolitik getrieben, ohne daß dem Volke daraus Lasten erstanden wären, Lasten, die bei weitem größer sind, als der Profit, den die Kapitalistenklasse bei der Ausbeutung der Kolonialgebiete einnimmt. In Deutschland wachsen die Ausgaben in recht erbaulichem Tempo: 1895/96 betrug der Reichszuschuß für die Kolonien 5 870 000 Mark, für das laufende Jahr sind wir bereits bei dem runden Summchen von 29 319 000 Mark angelangt. Dabei bildet diese direkte Ausgabe bekanntlich nur einen kleinen Bruchteil der Kolonialkosten, denn der Abenteuerpolitik, die uns in Afrika und Asien festlegte, verdanken wir die Milliardenausgabe für die Flotte.

Erstaunlich ist dabei die Redheit, mit der das Organ des Großkapitals gerade jetzt mit derartigen Plänen hervortritt: In den Finanzen des Reiches herrscht der Dadas in Folge des wirtschaftlichen Rückschlages, die Finanzminister der Bundesstaaten befinden sich in den schwersten Nöthen; neue Pläne zur Anziehung der Steuerschraube werden ausgedacht — und da soll den deutschen Steuerzahlern zugemutet werden, neue Millionen aufzubringen für Eisenbahnbauten in Afrika! Das ist Wahnsinn, aber es liegt Methode darin.

Der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre war in der That zum Theil veranlaßt durch die Expansion des Kapitalismus, durch die Erschließung ferner, überseeischer Gebiete; die überjüngliche Entwicklung hat die dort gewonnenen Märkte alsbald überfüllt und der Rückschlag mußte kommen. Es ist also schließlich ganz in der Ordnung, wenn jetzt das Großkapital, um aus der Klemme zu kommen, nach neuen gewaltigen Kapitalanlagen in den Kolonien lechzt.

Die alte Welt ist ausgeplündert und ausgezogen, darum her mit den Millionen und Milliarden des Volkes, um neue Welten für die kapitalistische Welt zu öffnen. Gerade dieses Heilmittel aber bedeutet für die breiten Volksmassen den denkbar größten Schaden: Arbeit, Gut und Blut des Volkes werden hierbei vergeudet, ohne den geringsten Nutzen für das Volk. Jede Kapitalanlage in den Kolonien ist ein direkter Verlust für die Kulturvölker, und was noch schlimmer ist — jede derartige Kapitalanlage ist eine Befestigung der kapitalistischen Herrschaft. Eine Milliarde angelegt in Eisenbahnbauten oder ähnlicher Kulturmitteln im Inlande, kommt schließlich wenigstens zum Theil dem Volke zu Gute, das die Ausgabe zu bestreiten hat, jede derartige Ausgabe bringt uns dem Zustande näher, wo der Kapitalismus die wirtschaftlichen Dinge nicht mehr meistern kann. Jede Milliarde aber, die hinausgewandert in überseeische Gebiete, wirkt uns als Volk zurück, macht uns ärmer, und stärkt den Kapitalismus.

Nun fragt sich aber, wie der Reichstag sich zu den Plänen des Großkapitals verhalten wird? Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die bürgerlichen Parteien, wenn sie nicht mit der Wählermasse zu rechnen hätten, bald handels-eins würden. Die Agrarier und die Vertreter des Kleinbürgerthums haben zwar kein Interesse an großkapitalistischen Plänen, wie sie die Kölnische Zeitung spinnt, aber diese Gegenstände sind leicht ausgeglich. Es gilt also für die

breite Masse des Volkes, dem neuen Beutezug gegenüber auf der Hut zu sein. (Münch. Post.)

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Der Ausstand der Bauanschläger in Berlin nimmt nach bürgerlichen Zeitungsmeldungen für die Gehilfen einen ungünstigen Verlauf. Die Arbeitgeber haben aus anderen Branchen genügend Arbeitswillige gefunden; die Hauptaktion ist bereits vorüber, und die dringenden Arbeiten sind erledigt. Die Arbeitgeber haben sich in ihrer gestrigen Sitzung mit einem Schreiben der Lohnkommission an die Innung, „neue Vergleichsverhandlungen einzuleiten“, beschäftigt. Nach einer längeren lebhaften Auseinandersetzung wurden beschlossen, in keine weiteren Verhandlungen einzutreten. — Die Ausdehnung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 10 Stunden plant die Stellmacher-Innung in Leipzig. Die Arbeiter beschlossen, sich gegen diese Absicht der Meister zu wehren. Der Gesellenauschuß soll die Innung sofort um Zurücknahme ihres Vorhabens ersuchen. — Die Vötkcher der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft in Dresden befinden sich wie bereits berichtet, seit dem 10. d. Mts. im Streik. Da die genannte Firma in bürgerlichen Blättern Vötkcher sucht, so sei hiermit ausdrücklich vor Zugewarnt. — Die Hafenarbeiter in Passau sind in den Ausstand getreten. Zugewarnt ist fernzubalden. — Die Buchdruckerbestreiter in Wülhausen (Elsaß) haben die vom elsäß-lothringischen Buchdrucker-Verband aufgestellten Forderungen abgelehnt. Ob die Gehilfen den Streik erklären, ist noch nicht entschieden. — Die Minenarbeiter von Südtirol beschlossen Donnerstag Morgen den allgemeinen Ausstand im ganzen Kohlenbeken Südtirols. Am Freitag findet eine Vollversammlung der von den Arbeitern ernannten Vertreter statt.

**Die Krise.** Die Dfen-Industrie in Meissen leidet seit einiger Zeit gleichfalls erheblich unter der Geschäftstodung. In den meisten Betrieben ist die Arbeitszeit beschränkt, auch die Löhne sind gekürzt. Jetzt hat auch die alte Dfenfabrik von vormals C. Leichert den Betrieb um einige Stunden täglich beschränken müssen.

**Der österreichische Buchdrucker-Verband** hielt dieser Tage in Wien seinen Verbandstag ab. Dem hauptsächlichsten Gegenstand der Berathung bildete das neue Unterstützungsklement. Beschlossen wurde eine Verlängerung der Zeit, in welcher Arbeitslosen-Unterstützung gezahlt wird von 91 auf 100 Tage, die Karenzzeit wurde auf sechs Wochen herabgesetzt. — Dem Verbands gehören 9240 Mitglieder an, die sich auf 15 Vereine in 64 Druckorten vertheilen.

**Ein Streik jüdischer Mützenmacher** ist in Paris ausgebrochen. Das Gewerbe der Mützenfabrikation liegt in Paris ausschließlich in den Händen der Juden, zumeist Russen und Polen, die im Viertel des Hotel de Ville wohnen, beschäftigt werden etwa fünfhundert Männer und siebenhundert Frauen, zumeist von Arbeitgebern, die nach der „Weser-Ztg.“ sich erst seit Kurzem selbstständig gemacht haben und die trotzdem für die nicht unberechtigten Forderungen der Arbeiter kein Entgegenkommen zeigen. Die Arbeiter verlangen eine zehnstündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung, würden sich aber mit der Bewilligung der ersten Forderung allein begnügen, da sie gegenwärtig in der Saison 15, ja 17 Stunden täglich arbeiten und dafür während einiger Monate im Jahre beschäftigungslos sind. Dieser Uebelstand hängt mit der Thatsache zusammen, daß die meisten Arbeitgeber nur wenig Betriebskapital haben und in Folge dessen gezwungen sind, die auf die hergestellten Modelle eingelaufenen Bestellungen abzuwarten, ehe sie ihre Arbeiter beschäftigen können. Die Arbeiter, die fast durchweg dem Fachverein angehören, sind gut organisiert und fest entschlossen, ihre Forderungen durchzusetzen.

## Die Töchter des Kommandeurs.

Roman von Jonas Lie.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von M. Ottesen.

(8. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Karsten schwanke einen Augenblick, aber die Bruderpflicht gewann die Oberhand. Mit selbstgefälliger Miene zog er die Uhr hervor, ganz stolz über das Opfer, welches er der Schwester brachte. „Besten Dank! Ihr müßt aber Gebuld haben und auf mich warten — nur ein Viertelständchen. Punkt halb ein Uhr bin ich da. Fangt nur nicht vorher an, hörtst du.“

„Gut, dann hole ich Bennete mittlerweile. Ich denke schon, daß wir ihn dazu bewegen werden, seinen Namen unter den Wechsel zu setzen, wenn er nur in der rechten Stimmung ist. Wir müssen ihm ein wenig den Hof machen.“

„Um... weißt du was, es ist ein unangenehmer Mensch.“

„Das läßt sich nun nicht ändern. Der Wechsel muß erneuert werden — und sein Name ist Goldes werth. Auf Wiedersehen!“ Damit ging Grundt seines Weges.

Karsten schaute ihm nach, die frische Luft berührte ihn wohlthuend.

Da wurde eine Thür geöffnet, und rasche Schritte näherten sich.

„Nun, Cäcilie, hast du die Absicht, dich heute zur Schau zu stellen? Du erscheinst ja im vollen Staate.“

Er entdeckte bleich, daß sie sehr sorgfältig Toilette gemacht hatte. Das dunkle, anschließende Kleid stand ihr vorzüglich zu dem heute etwas blaffen Gesicht und den rothbraunen Haaren.

„Du bist immer des Morgens verstimmt, wenn du am vorhergehenden Abend etwas mitgemacht hast, Karsten...“

„Nein, wie die Jungen dort unten am Balle sich tummeln unter Gelächre und Gelächter; es hat diese Nacht tüchtig geschneit. Pass, da werfen sie Schneebälle! Wie gern wäre ich dabei!“ rief Cäcilie.

„Zimmer mußt du alles übertreiben, Cäcilie! Und ich habe nicht einmal den Trost, daß es Hierei ist. Am Morgen nach dem Ball hast du Lust, mit den Rängen dich im Schnee herumzujagen! Wenn das nicht Uebertreibung ist —“ seufzte Karsten.

„Mein Vieber, du bist ja heute reizend.“

„Es ist nichts anderes als die Vergnügungssucht, die aus dir spricht.“

„Darin hat es wenigstens nicht den Anschein, als ob du in diesem Augenblick darunter littest.“

„Du hast dafür gesorgt, liebe Cäcilie! O nein, ich spaße nicht. Auf dem gestrigen Balle hast du mir gründlich die Laune verdorben. Wenn mans mit den Herren getanz und dummes Zeug geschwaht und ihnen Gelegenheit zum Spott gegeben hat, wie du es thatest — dann darf ein junges Mädchen schon mit ihren Heldenthaten zufrieden sein.“

„Ich gehe fort, wenn du wieder damit anfängst, Karsten! Es ist förmlich, als ob du eine Manie hättest, mich zur Rede zu stellen, jedesmal, wenn ich mich amüßirt habe. Ich lasse mich nicht von dir hofmeistern. Ich glaube, offen gestanden, nicht, daß du im Stande bist, dich in den Ideenkreis eines jungen Mädchens zu versetzen.“

Sie sprach mit einem Selbstgefühl, welches seine Wirkung auf Karsten nicht verfehlte. Jetzt mußte er sich zusammennehmen, wollte er sie von der Richtigkeit seiner Auffassung überzeugen.

„Siehst du, Schwesterchen,“ begann er brüderlich und vertraulich, „ich bin ja nur hier geblieben, weil ich mit dir allein über diese Dinge sprechen wollte — sonst wäre ich jetzt bei Grundt. Da ist nun erstens dieser Feuerreifer, mit dem du alles betreibst und wodurch du die Dame ganz vergißt

— deine Würde verlernt, verfehlt du... Beim Tanzen giebst du dich ganz diesem Vergnügen hin — und das schilt dich doch nicht für die Tochter des Kommandeurs.“

„Ich verbitte mir solche Redensarten, Karsten!“

„Nein, unterbrich mich nicht... Unterhältst Du Dich, so geschieht es auch mit einem Eifer, als gelte es das Leben. Alles soll so aufrichtig sein, als möchtest Du den Menschen bis in die innerste Seele hineinschauen. Als ob man in Gesellschaft ginge, um aufrichtig zu sein — als ob ein Mann nichts in der Tasche hätte, als was er einem jungen Mädchen vorzeigen könnte. — Du müßt dich müßigen, verfehltst Du, es lernen, Dich zu beherrschen, sonst wirst Du immer nur Dummheiten begehen und Dir Bloßen geben... Die Welt ist gar nicht so naiv, wahr und dergleichen; das alles sind überspannte Thorheiten, die Du ablegen mußt. Und nun vollends sich hinter den Tanzenden mit den Kavalieren hinzusetzen! Du siehst aus, als wolltest Du jedes Wort verschlingen, das sie sagen; als glaubtest Du fest und unerschütterlich an ihre Reden... Du müßt doch begreifen, daß es die reine Ballkonversation ist, welche sie natürlich hundertmal schon solchen jungen Damen geboten haben — und alles ist natürlich vergessen und verfloren, wenn sie beim Punsch sitzen. — Nun, nun, nimm es Dir nicht so übertrieben zu Herzen! Es war aber notwendig, daß Dir Dein Bruder jagte, wie eure naiven Neuperfungen kritisiert werden. Könntest Du es einmal hören, würde es Dich wie ein kaltes Sturzbad berühren.“

Der entsetzte Blick, mit welchem Cäcilie den Bruder anstarrte, bewies deutlich, daß es sie schon jetzt eifrig überließ.

„Es ist schändlich, schändlich, was Du mir da erzählst — daß sie alles lächerlich machen, nachdem sie mir vorher gebuhdigt haben! Ich weiß jetzt weder aus noch ein,“ rief sie außer sich. „Die Männer sind doch wohl auch Menschen, mit denen man sich unterhalten kann!“

„Aha, natürlich wieder die größte Aufregung. Du müßt



# Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** In den letzten Tagen sind mehrere Raubfälle in den Forsten der Umgegend Berlins, namentlich auf einzelne Damen, verübt worden. Donnerstag wurde in Königswusterhausen ein Mann verhaftet, der dringend verdächtig ist, an diesen Anfällen beteiligt zu sein. — Das „Leipziger Tageblatt“ meldet aus Meerane: Mittwoch Nachmittag wüthete im altenburgischen Dorfe Bornheim eine große Feuersbrunst und äscherte drei Bauerngüter mit neun Gebäuden und sämtlichen Erntevorräthen ein. — Aus Gleiwitz berichtet der „Wanderer“: Donnerstag Nachmittag brach im Nachbarort Dstropa ein Feuer aus; das, durch den starken Südostwind angefaßt, sich schnell verbreitete. Innerhalb einer Stunde standen neun Anwesen mit 15 Gebäuden in Flammen. — Der Steinheber Range aus Wischofsroda bei Halle a. S. wurde vom Schwurgericht wegen Stillschleppens und Mord zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren, Elise Honigmann zum Tode und zehnjährigem Zuchthaus nebst Ehrverlust verurtheilt. — Die Typhusepidemie in Gelsenkirchen und Umgegend ist noch immer im Wachsen begriffen. Die Gesundheitskommission in Gelsenkirchen hat sieben ihre Maßnahmen getroffen. In Gelsdorf, Walscheid, Uedendorf, Bismark und Erle sind neue Fälle schwerer Form vorgekommen. In den Krankenhäusern Gelsenkirchens sind 338 Kranke untergebracht. Hunderte befinden sich in der Umgegend in Privatpflege. Da auch durch die Straßenbahnen der Krankheit eine Verschleppungsgefahr droht, so werden diese Wagen täglich desinfiziert. Das alte Rathhaus ist mit Betten besetzt worden, da eine Ueberfüllung der Krankenhäuser zu vermeiden ist. — Der in Brühl wegen Vergehens wider § 175 verhaftete Notarschreiber Franz Luster war, wie wir ergänzend mittheilen wollen, bis 1898 Landrichter in Ratibor. Ueber den Grund seines Austritts aus der Beamtenlaufbahn ist nichts bekannt. Luster ist unverheiratet. Durch einen Zufall kam man seinem Treiben auf die Spur. Ein junger Mensch war in Köln wegen mehrerer Diebstähle festgenommen. In seinem Besitz fand man u. A. eine Visitenkarte von Luster nebst dessen Adresse. Da dieser hier im besten Hause stand, glaubte man zunächst, daß die Karte auch von einem Diebstahl herrühre. Im Kreuzverhör gestand der jugendliche Spitzbube aber ein, daß er Luster auf einer Reise kennen gelernt habe und zu ihm alsbald in enge Beziehung getreten sei. In Folge dieser Mittheilungen wurde Luster am Sonntag verhaftet und sofort nach Köln ins Gefängnis gebracht. Eine Hausdurchsuchung in Lusters Wohnung bestätigte den Verdacht, daß er ähnlichen Verkehr auch mit anderen jungen Leuten gepflogen hat. Der Fall erregt begreifliches Aufsehen. — Eine entsetzliche Bluttat ist Donnerstag früh in Rübendorf von einer geisteskranken Arbeiterin verübt worden. Die Frau, die seit einiger Zeit ein sehr schweres Leben führt, erhielt den Besuch des Rentiers Doehow, der ihr Rath zusprechen wollte; sie glaubte jedoch, daß man sie in eine Anstalt bringen wollte, ergriff deshalb ein Messer und verwundete den alten Mann so schwer, daß er nach kurzer Zeit starb. — Die Strafkammer in Landau (Pfalz) verurtheilte, nach der „Frankf. Zig.“, den 30 Jahre alten Schlachtermeister Julius Levy wegen Betrugs zu einem Monat Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe, den Bahnschaffner Jacob Maas in Amisburg wegen gleichen Vergehens zu zwei Monaten Gefängnis. Maas war früher Aufseher des hiesigen städtischen Schlacht- und Viehhofes und ließ sich durch Trinkgelder von Levy dazu verleiten, das Gewicht des von Levy geschlachteten und auf Gewicht gefassten Großviehs niedriger anzugeben, als es in Wirklichkeit war. Auf diese Weise wurden die Verkäufer des Viehs mitunter ganz erheblich geschädigt, da die Differenzen bei einzelnen Stücken Vieh sich bis auf 36 Pfund beliefen. — Eine eigenartige Katastrophe hat sich am Donnerstag voriger Woche in Zytomierz, Galizien, ereignet: Um 9 Uhr Abends sank dort plötzlich der Marktplatz seiner ganzen Länge nach ein. Es geschah dies unter donnerähnlichen Geräuschen, so daß sich der Bevölkerung eine außerordentliche Panik bemächtigte. Zum Glück befanden sich gerade auf dem Marktplatz nur wenige Leute. Eine Verkäuferin fiel in die Tiefe und erlitt hierbei gefährliche Verletzungen. Andere kamen mit geringeren Schäden davon. Eine Kommission konstatierte, daß sich unter dem Marktplatz ein Gang hinzog, der zu einem alten Kloster führte. Von der Existenz eines solchen unterirdischen Gewölbes hatte

man keine Ahnung, bis es nun einstürzte. — Donnerstag Morgen fand in Prag eine Doppel-Hinrichtung statt. Gehängt wurden die Brüder Stanica aus Neutračitz, die ihren Vater in grausamer Weise ermordet hatten. Am Morde nahmen ferner ein dritter Sohn und die Wittin des Ermordeten theil, welche beide eine 15 jährige Kerkerstrafe abließen. — Donnerstag trat bei heftigem Sturm und großer Kälte in Omsk (Rußland) Schneefall ein. — Beim sibirischen Sandungsplatz in Nishui-Notgorod verbrannte Donnerstag der Dampfer „Mitja“; Menschenleben sind nicht zu verzeichnen. — Der erste Schnee fiel am Donnerstag in der russischen Stadt Kurgau; im Gouvernement Tobolsk ist die Erde vielfach gefroren. — Der Tschetschenze Chadschi Chadschutajew, dessen Sohn unlängst in einem Ubl einen Mord verübt hatte, war, wie die „Tschetschenze“ berichtet, von dem Untersuchungsrichter zu einem Verhör citirt worden. Befürchtend, daß die Verwandten des Getödteten den Chadschi unterwegs überfallen könnten, begleiteten ihn 15 bewaffneten Personen aus seiner Blutsverwandtschaft. Als sie der Gegenpartei in der That auf dem Wege begegneten, kam es, wie aus Petersburg gemeldet wird, zu einem blutigen Zusammenstoß, der für beide Theile traurig endete. Von Seiten der Verwandten des Chadschi wurden dessen verheiratete Tochter getödtet, er selbst und sein Bruder schwer und zwei Andere leicht verwundet. Auf Seiten der Gegner wurden vier Personen getödtet, eine schwer und zwei Andere leicht verwundet, unter diesen auch ein zehnjähriger Knabe. — Eine Fahrt durch die Stromschnellen des Niagara ist dem Fräulein Martha Wagenführer aus Buffalo gelungen und zwar in einem Kasse. Sie soll die zweite Frau sein, die dies Wagstück vollbracht hat.

**Milde Militärjustiz.** Vom Oberkriegsgericht Düsseldorf wurde der Unteroffizier Friedrich Kührt von der dritten Kompagnie des Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 16 zu Köln, der am 19. August d. J. vom Gericht der 14. Division wegen Mißhandlung von Untergebenen in fünf und wegen vorchriftswidriger Behandlung von Untergebenen in vier Fällen zu 14 Tagen Mittelarrest verurtheilt worden war, zu vier Wochen Mittelarrest verurtheilt. Gegen das Urtheil des ersten Richters hatte der Gerichtsherr Berufung eingelegt, weil die in letzter Zeit sich mehrenden Mißhandlungen beim Militär die Strafe viel zu gering erscheinen lassen.

**Der ostpreussische Lehrer muß alles machen.** Auf Befehl hat er die Sozialdemokratie zu bekämpfen, Abonnentensammler zu spielen, konservative Wahlmache zu betreiben. Jetzt soll er die Trunksucht bekämpfen. Aus Kaufmann wird dem „Mem. Dampf.“ geschrieben: Die Trunksitten der hiesigen Bevölkerung haben die königliche Regierung zu Gumbinnen veranlaßt, die Lehrer aufzufordern, Mäßigkeitsvereine zu gründen, resp. wenn solche etwa bereits vorhanden sein sollten, denselben beizutreten. Die Trunksucht ist auch die Ursache der hier grassirenden Hazardspiele. Häufig verlieren hiesige Besitzer über 1000 Mk. an einem Abend. — Wenn die Besitzer dort so große Summen verspielen, muß es ihnen gar zu schlecht noch nicht gehen. Die Bekämpfung der Trunksucht durch die Lehrer lassen wir uns natürlich viel eher gefallen, wie die, nebenbei zwecklose Sozialistenbekämpfung und Verbreitung muckerisch-agrarischer Blätter.

**In 800 Fällen des Diebstahls überführt** ist, wie ein Berliner Blatt meldet, ein von der Kriminalpolizei verhafteter 26 Jahre alter Buchhalter Namens Levy; der als Angestellter eines hiesigen Seiden-Großgeschäftes einen ersten Vertrauensposten inne hatte und diesen seit drei Jahren zu umfangreichen Diebereien ausnützte. Dem Chef des Hauses fiel es schon im Jahre 1898 auf, daß bald größere, bald kleinere Posten kostbarer Seidenstoffe vom Lager entwendet wurden. Trotz der eifrigsten und unausgesetzten Beobachtungen mehrerer des Diebstahls verdächtig erscheinender Angestellter vermochte man dem Thäter nicht beizukommen; ja, die Diebstähle wurden selbst zur Zeit der strengsten Kontrolle mit erstaunlichem Raffinement fortgesetzt. Als einen der schärfsten Beobachter spielte sich der nunmehr verhaftete Buchhalter vor seinem Chef auf, er war schier ermüdet in seinen Nachforschungen und in seinen Verdächtigungen eines Theiles des zahlreichen Geschäftspersonals. Das letztere stand unter dem Druck des auf ihm lastenden Verdachts und spähte dem unbekanntem Diebe nach. Ein schwer verdächtigter Angestellter fand kürzlich Spuren, die auf den Buchhalter hinwiesen. Man entdeckte, wie dieser Seidenstoffe

entweder im Anzug mitnahm oder an seine Adresse in unauffälliger Weise senden ließ. Die Stoffe verpackte er in Leihämtern und verkaufte alsdann die Pfandscheine in verschiedenen andern Pfandleihen. Außerdem staltete der mit einem hohen Gehalt angestellte Buchhalter seine Braut mit Seidenstoffen in der prächtigsten Weise aus. Nach seiner Verhaftung konnte von der Kriminalpolizei insgesamt etwas über 800 Pfandscheine beschlagnahmt werden, die L. eingestandenermaßen beim Verkauf der gestohlenen Waare erhalten und dann wieder verkauft hat. Zu 800 Fällen giebt L. auch zu, Diebstähle ausgeführt zu haben. Der Wert der gestohlenen Stoffe läßt sich annähernd auf viele Tausende taxiren.

**Ohne polizeiliche Erlaubnis inserirt.** Der Vorsitzende eines Belangvereins in Hartmannsdorf bei Chemnitz soll 5 Mk. Polizeistrafe bezahlen, weil er folgendes Inserat erlassen hat:

„Gesangverein Niederhain, Hartmannsdorf. Sonntag, den 8. September, im Gasthaus „Stadt Chemnitz“ Sommervergüngen, bestehend in Konzert und Ball, wozu die geehrten aktiven und passiven Mitglieder freundschaftlich eingeladen werden. Einer recht zahlreichen Beteiligung sieht entgegen der Vorstand. Beginn des Konzerts um 5 Uhr.“

Man wird das strafbare an diesem Inserat nicht ohne weiteres erkennen, deshalb folge die Belehrung: Es giebt in Sachsen Tanzregulative; nach diesen dürfen Vereine ihre Vergnügungen in öffentlichen Blättern nur dann anzeigen, wenn sie zuerst zu dem Vergnügen und dann zu der Anzeige von der hohen Polizei eine besondere Erlaubnis bekommen haben. Solche Erlaubnis hat dem Verein gefehlt. — Man kann den Bestrafen nicht bedauern; es giebt noch so viele Dinge, die auch ein königlicher Sache ohne polizeiliche Erlaubnis thun darf, daß es durchaus nicht nöthig ist, just das Unerlaubte zu thun.

**Die Heldenthaten eines Zwerges.** Die Amerikaner haben kürzlich eine Eroberung gemacht, auf die sie sehr stolz sind. Sie haben auf den Philippinen den Zwerg Puceto gefangen. Der Zwerg Puceto ist, wie die „Nature“ erzählt, 60 Jahre alt und mißt 91 Zm. Was ihm aber ein besonderes Interesse verleiht, das sind seine Heldenthaten, die er auf den Philippinen als Beschützer der Unabhängigkeit dieser Inseln verrichtet hat, Heldenthaten, denen die Amerikaner als die ersten die gebührende Achtung zollen. Solange der Krieg der Insurgenten tobte, hat Puceto nicht aufgehört zu kämpfen, und indem er sich ganz allein an die amerikanischen Truppen heranwagte, hat er ihnen die größten Verluste zugefügt, dank einer Taktik, die er nur allein ausführen konnte. Er verstand es, sich äußerst geschickt unbemerkt im Gebüsch heranzuschleichen, was ihm durch seine winzige Körpergröße sehr erleichtert wurde, und so näherte er sich den feindlichen Schildwachen und streckte sie durch wohlgezielte Schüsse nieder. Der Schütze hatte auf diese Weise vielleicht mehr als hundert Soldaten der Vereinigten Staaten getödtet oder verwundet. Die Sache wurde so schlimm, daß der Generalstab der Armee es für notwendig hielt, auf Mittel zu finnen, diesen furchtbaren Zwerg ein für alle Male unschädlich zu machen. Ein Sergeant des 31. Freiwilligen-Regiments Namens Henry Stepler, Trapper seines Zeichens, übernahm es, dafür zu sorgen, und es gelang ihm schließlich auch, nachdem er die größten Schwierigkeiten überwunden hatte: eines Tages fehrte er mit dem Zwerg Puceto, den er unter dem Arm trug, in das Lager von Zamdanga zurück. — Das Nachspiel der Geschichte ist echt amerikanisch. Der Zwerg wurde Henry Stepler, „zu völligem Eigenthum überlassen“; dieser sagte sich, wenn man ein Kapital befäße, so dürfe man es nicht unbenuzt lassen, und er machte sich mit seinem Zwerge Puceto auf die Wandererschaft durch die amerikanischen Städte. Die Ausstellungen desselben hatte überall einen rasenden Erfolg, und Stepler ist auf dem Wege, reich zu werden. Der Zwerg aber erhält seinen Antheil an den Einnahmen.

**„Beschlagnahmte“ Gänse.** Russisch-Polen und Litthanen haben bekanntlich eine sehr starke Gänseausfuhr namentlich nach Deutschland. Da die Tiere zum großen Theil weite Strecken getrieben werden, so hat man, um das Durchlaufen der Füße zu verhindern, eine Methode erfunden, die Gänse gewissermaßen ähnlich wie die Pferde zu beschlagen. Die Gänse werden nämlich mehrere Male über auf den Boden gegossenen Theer und darauf über feinen Sand getrieben, sodas sich die Füße mit einer festen Schicht von Theer und Sand bedecken. In Warschau besteht eine Art Gänsebörsen, über welche jährlich an die drei Millionen Gänse gehen.

doch verstehen, daß es nur Deinetwegen geschieht, wenn ich das alles aufbiete, um Dir die Augen zu öffnen.“  
„Wüßte ich, daß einer mich in der Weise zum besten hätte, mich beleidigte, dann...“  
„O, diese Ueberreizung!“ — Man beleidigt niemand auf einem Ball, man macht nur den Hof. Du willst es ja nicht verstehen, daß alles auf Eherz und Anstän hinausläuft — selbstredend kein Fräulein Graß.“  
„Dann wolle ich lieber, daß sie mir die Zunge herausstrecken!“  
„Ja, ja, das glaube ich schon — der herrschende Ton würde gewiß ein recht freier werden, wenn Du zu gebieten hättest. Aber eine Dame, mein liebes Schwesterchen, kümmert sich nur um das, was kommt und laßt sich nicht binden, wie gesagt, keine Ahnung davon, wie man redet.“  
Eine Pause entstand, während welcher nur Karstens Schritte hörbar waren.  
„Rede Deine Kameraden auch in der Weise, Karsten?“ fragte sie plötzlich.  
„O, wenn Du glaubst, daß sie nicht kränzlich sind, dann...“  
„Rede Fasting auch so?“ brachte sie wachsam hervor.  
„Er wie die andere, natürlich.“  
„Und Du auch, Karsten?“  
„Denn jemand sich unterstehen sollte, die schuldige Achtung gegen meine Schwester zu vergessen, weiß ich nicht, was ich thäte, er ist ja nur vor die Brust. Was ist ein wenig vernehmbar, was das betrifft, verzeihst Du! Zu übrigen aber, er sollte trauerhaft, was was ja mit den Wölfen haben. — Aber jetzt kann es für heute genug sein...“  
Er knippte die Augen zu, während er, läse vor sich hin, keine Worte sagte.  
„Gäule blieb ganz versteinert sitzen und sah Karsten an, als hätte er etwas überhört.“  
„Sagst du mir, ich erlaube ein Licht anzugehen,“ dachte

er. „Uebrigens sehr langweilig, ein Bruder zu sein, der in dieser Weise seine Schwester aus dem Paradiese treiben muß!“  
Er sprang die Treppe hinauf, welche zu Grundts Wohnung führte.  
Gäule saß in ihrem Stübchen und dachte über alles nach, was ihr Fasting gesagt und was sie ihm darauf geantwortet hatte. Sie rief sich mißtrauisch prüfend alles zurück, was zwischen ihnen vorgefallen war. O, könnte sie ihm nur ganz und voll vertrauen wie während der letzten Nacht! Wenn verzichtete sie darauf, diese wirren Räthsel zu lösen, bliebe nur sein Bild ungetrübt in ihrer Seele haften!  
Aber auch er hatte davon gesprochen, daß man nicht dem äußeren Scheine trauen dürfe. Sie sah kein vieljähiges Lächeln, während sie beim Rotillon zusammensaßen... Dies Lächeln — war es auch doppelstrahlig?  
Auch sah sie auch das schelmische Anflitzen seines Auges, das so oft ihr Lachen hervorgerufen hatte. Auch sein Wesen war Wandlungen unterworfen. Und die ganze Kehrsseite des Balles flog vor ihrem inneren Auge auf. Ein spöttischer Zug zeigte sich auf manchem Gesicht. Die Herren wechselten bedeutungsvolle Blicke, und sie sah sich selbst unbefangen heiter in ihrer Mitte.  
In feierhafter Erregung bemühte sie sich, sein Antlitz so hervorzuheben, wie sie es zu sehen wünschte, ohne dies Lächeln, daß sie unglücklich und argwöhnisch machte. Aber vergeblich. Fasting war nicht anders, als die andern alle!  
Martha steckte den Kopf zur Thür hin.  
„Gäule, komm schnell mit, Fasting ist unten,“ rief sie athemlos.  
Ein unwilliges Kopfschütteln war die Antwort.  
„Er hat solch wundervolle Phantasie für die Mama mitgebracht.“

„So?“ Gäule lehnte nachdenklich ihr Haupt auf ihren Arm... „Nein, ich komme nicht. Es ist ja für die Mama, sie wird schon selbst danken.“  
„Unfinn, du mußt dich beeilen, der Kaffee ist schon da.“  
„Mama sagte, daß du kommen solltest.“  
„Du kannst sagen, daß ich Kopfweh habe; es ist ebenso wahr, wie alles übrige.“  
„Das ist ein schöner Bescheid!“  
„Darf ich nicht einmal angegriffen sein?“  
„Aber, Liebste, du sagtest doch selbst, er habe sich die Erlaubnis erbeten, zu kommen?“  
„O, solche Ballkonversation nimmt Niemand ernstlich. Sage du nur, daß ich Kopfweh habe...“  
„Nein,“ überlegte sie, während sie sich halb aufrichtete, „thu nur nicht, als ob ich so leidend wäre. Sage nur der Mama, so daß er es hört, ich sei müde und wolle keinen Kaffee.“  
„Aber warum soll ich es sagen?“  
„Du sollst, hörst du?...“  
„O!“ Sie barg ihr Gesicht in die Hände und brach in ein heftiges Schluchzen aus.  
Martha betrachtete die Schwester und ging leise fort.  
Hätte Martha mit unsicherer Stimme gebrachte Botenschaft nicht Fasting's Argwohn erregt, so genügte ein Blick in ihr Gesicht, ihm die Wahrheit zu offenbaren.  
Sein veränderter Ausdruck entging nicht der Aufmerksamkeit Frau Witts. Er antwortete ein paarmal ganz zerkürrt, ehe er es über sich gewann, das Gespräch fortzusetzen. Die erfahrene Frau ahnte gleich, daß etwas zwischen ihrer Tochter und ihm vorgegangen sei. Und die Entschuldigungen — wahrlich! — dies zeigte, daß Gäule die Kunst verstand, ihre Würde zu wahren. Sie hatte dabei dabei das Gefühl einer Vogelmutter, welche zum erstenmal die Flugübungen ihres Jungen beobachtet und zu ihrem Staunen entdeckt, daß es von Natur viel klüger ist, als sie gedacht hat.  
Sie unterwarf den jungen Mann einer genaueren Prüfung.